

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.- Erscheint monatlich Nr. 1 Januar 2002 37. Jahrgang

Eine neue Weltordnung?!



Dr. med.
Jean-Jacques
Hegg,
a. Nationalrat,
Dübendorf

Politischer Tour d'horizon zum Jahresbeginn

Wer es noch nicht bemerkt haben sollte, der hat es spätestens seit dem 11. September 2001 mitbekommen: die Welt ist in ein neues politisches Zeitalter eingetreten. Ehemals für ihren radikalen Pazifismus bekannte «Grüne» unterstützen Kriegsabenteuer; die früheren Erzfeinde USA und Russland klopfen einander auf die Schultern und verbünden sich zu gemeinsamen Militäroperationen, China wird in die ursprünglich als «westlich» klassierte WTO aufgenommen – und niemand mehr weiss, wer da eigentlich noch «rechts» oder «links» steht.

Wer hat heute in Europa politische Führungsfunktionen inne? Der deutsche Bundeskanzler Schröder ist ein ehemaliger Juso, sein Außenminister «Joschka» Fischer war in seiner Jugend ein Molotowcocktails und Pflastersteine werfender 68er, der deutsche Umweltminister Jürgen Trittin ehemals Mitglied des kommunistischen Bundes Westdeutschland und damit bekennender Kommunist. In Frankreich regiert mit Jospin ebenfalls ein Sozialist, ein ehemaliger Trotzkist, und an der Regierung sind nicht nur «Grüne», sondern – man merke sich das gut! – auch die offizielle kommunistische Partei beteiligt! Premierminister Tony Blair, kleiner angelsächsischer Bruder des grossen Bruders in Amerika, ist ebenfalls bekennender Sozialist und übt sich in Kadavergehorsam gegenüber den USA. Nur der italienische Ministerpräsident Berlusconi bildet da eine gewisse Ausnah-

me. Aber er ist auf eine andere Art belastet.

Selbstherrliche USA

Und sie alle können nicht eilfertig und unterwürfig genug sich in die Arme des Texas-Cowboys Bush junior mit seinen Wildwestsprüchen «tot oder lebendig» werfen und sich für eine Teilnahme an militärischen Operationen «out of area», nämlich auf der ganzen Welt, andienen! Sie streiten sich darum, auch noch einige Soldaten nach dem durch einen US-Bombenhagel geschundenen Afghanistan abkommandieren zu dürfen! «Kollateralschäden» wie auf dem Balkan, sogar Zerstörung einer Einrichtung des Roten Kreuzes! Dabei war die EU ursprünglich als Gegengewicht gegen die weltbeherrschenden USA gegründet worden! Aber George W. Bush, vor seiner Wahl von den Medien noch als gefährlicher «Rechtsausen» verdächtigt, hinterher von ihnen jedoch bewundert, lässt seine europäischen «Freunde» links liegen. Er kündigt den SALT-2-Vertrag, der Europa einen gewissen Schutz vor einem Atomkrieg zwischen den USA und Russland geboten hatte, will von einem Abkommen über Landminen nichts wissen und kippt die Vereinigten Staaten aus der Konvention zum Schutz des Weltklimas.

Die USA sind genug aufgerüstet, um ihren «Krieg gegen den Terrorismus» auch alleine und ohne Verbündete durchführen zu können. Wir können dann wieder einmal die Flüchtlinge aufnehmen! In Afghanistan wird zwar unter der Regie der UNO eine internationale «Schutztruppe» installiert, das Oberkommando aber, das bleibt den USA und nur ihnen vorbehalten! Man fühlt sich in die hohe Zeit des Imperialismus und Kolonialismus sowie der Kanonenbootdiplomatie zurückversetzt, die heute im Zeitalter der so genannten Globalisierung nicht militaristischer, imperialistischer und kolonialistischer (Coca-Colaonisation!) sein könnte!



Nein zum UNO-Beitritt

Verschiedene Meinungsumfragen bestätigen, dass immer mehr Schweizerinnen und Schweizer den verhängnisvollen Beitritt zur politischen UNO ablehnen wollen. Dies trotz millionenschwerer Staatspropaganda durch den Bundesrat und die Verwaltung und trotz aller Beschönigungen durch neutralitätsmüde Kreise.

Am 3. März 2002 geht es für unser Land um ganz Entscheidendes: Der Beitritt zur politischen UNO bedeutet die **Preisgabe** der schweizerischen **Neutralität**, den **Verlust** unserer 200-jährigen **Friedenstradition**, die **Unterwerfung** unter das **VETO-Grossmächte-Diktat** und zusätzliche **Zahlungen** von jährlich 75'000'000.- an die UNO.

Auf in den UNO-Abstimmungskampf – Auf Sie persönlich kommt es an!

Wir rufen Sie auf: **Engagieren Sie sich persönlich im Abstimmungskampf.** Bestellen Sie mit dem Talon auf der letzten Seite dieser Ausgabe Flugblätter, Aufkleber und Plakate. Wenn alle mit Engagement und Herzblut für die Sicherheit, die Neutralität und die Unabhängigkeit unseres Landes kämpfen und ihren persönlichen Beitrag leisten, so werden wir am 3. März 2002 erfolgreich sein! Für Ihren Einsatz danken wir ganz herzlich.

Ihre SD-Parteileitung

Grüne als umgekehrte Handschuhe

Und überhaupt diese «Grünen»! Was ist von ihrem Pazifismus übriggeblieben? Die echt ökologisch Engagierten unter ihnen wurden längst als angebliche «Fundis» von den «Realos», den politisch im Machtkampf geschulten, aus ihren straff organisierten Parteien zu den «Grünen» übergetretenen Linksextremisten, kalt gestellt. Dafür wird als Popanz und Feindbild ein angeblicher «Rechtsextremismus» an die Wand gemalt. Linksextreme darf man jedoch nicht mehr als solche bezeichnen, es sind so genannte «Autonome».

Dabei hat eine soziologische Untersuchung mittels Rekrutenbefragungen durch Henriette Haas von der Universität Lausanne, also aus der Schweiz, neuerdings ergeben, dass als «Rechtsextremisten» bezeichnete Personen sich mühelos wie Fische im Wasser gleichzeitig

sowohl in der als «rechtsextrem» bezeichneten als auch in der «autonomen» Szene bewegen. Gewalt-

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Verheerende Revision des Betäubungsmittelgesetzes
- 6 SD im Nationalrat
- 7 Gedanken zum neuen Jahr
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 9 Zürcher Gemeinderatswahlen am 3. März
- 12 Der Leser hat das Wort

Eine neue Weltordnung?!

Fortsetzung von Seite 1

tätige politische Extremisten eben und junge Leute, die Freude an Provokation, Zoff und Prügeleien mit der Polizei haben! Seit einem kürzlich durchs Zürcher Niederdorf geführten «Abendspaziergang gegen den Faschismus» mit Scharmützeln mit der Polizei ist es auch polizeinotorisch: am «Spaziergang» hätten sich auch «Rechtsextremisten» beteiligt. Rechts und links sind eben etwas durcheinander geraten!

Wir stehen auch vor dem Tatbestand, dass graue Eminenzen ohne demokratische Legitimation aus dem Hintergrund die Fäden ziehen, um die einheimischen Sprachen und Kulturen aufzulösen und abzulösen. Alles darf nur noch englisch sein! Damit die jungen Leute weltweit als Söldner im Dienste der USA einsetzbar werden? Die bevölkerungsmässige Überfremdung wird immer mehr durch eine sprachlich-kulturelle ergänzt. Junge Leute singen nur noch auf Englisch, es werden gezielt «boy groups» und «girl groups» gebildet, deren Musikkonserven mit den üblichen englischen Popsongs dann sämtliche Regale der Musikgeschäfte und Kaufhäuser füllen, manipuliert von einer US-beherrschten, monopolartigen Musikvermarktungsszene. Nicht nur das Schweizer und deutsche Volkslied, auch das französische Chanson und die canzoni italiani sehen sich an den Rand gedrängt.

Anzeige

Das Testament**Die letztwillige Verfügung**

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 - 988 50 88
Telefax 071 - 988 67 61

Ähnliches ist vom Film, von Video- und Fernsehproduktionen zu berichten.

Wirtschaftswachstum, aber keine Kinder?

Die hohe Politik beschränkt sich jedoch auf eine kritiklose Beschwörung der Notwendigkeit eines «wirtschaftlichen Wachstums». Dabei ist die Familie in ganz Europa, nicht nur in der Schweiz, in Not, und die Geburtenziffern sind auf einem Tiefpunkt angelangt. Die ständig steigenden Krankenkassenprämien sind bei Vorhandensein mehrerer Kinder, so dass die Mutter nicht auch noch auswärts einer Erwerbsarbeit nachgehen kann, für sie kaum mehr zu bezahlen. Was aber geschieht, wenn «die Wirtschaft wächst», aber keine eigenen Kinder geboren werden? Dann müssen eben die Arbeitskräfte «für das Wachstum» aus dem Ausland, vorzugsweise aus Übersee, herbeigeht werden! Und die gesetzliche Erleichterung des Schwangerschaftsabbruchs wird die Lage auch nicht verbessern! Dass sich hieraus keine Steigerung der Lebensqualität ergeben kann, sollte jedem klar sein. Das vergrösserte Bruttosozialprodukt, ohnehin kein Ausdruck von Lebensqualität, verteilt sich dann einfach auf mehr Köpfe, und das Übervölkerungsge dränge mit all seinen Nachteilen nimmt ebenfalls zu. Auch die so genannte «Überalterung» wird dadurch nicht aufgehoben. Einwanderer werden ja ebenfalls alt! Wobei – und das sei hier betont! – niemand einer Schrumpfung verlangt! Aber wenigstens ein Verzicht auf Wachstum, nämlich Stabilität!

Wir haben eine grundsätzlich neue politische Lage: der Neoliberalismus hat sich in Tat und Wahrheit mit dem ebenso internationalistisch gesinnten Neomarxismus verbündet. Nach neomarxistischer Theorie ist nicht mehr die Arbeiterklasse das revolutionäre Proletariat, sondern die Migranten und ethnischen Minderheiten, die Frauen und Randgruppen wie Homosexuelle oder Drogensüchtige. Wir haben nicht mehr die klassische Interessenspolarisierung Oberklasse als Rechte gegen Unterklasse als Linke, sondern ein Bündnis der internationalen Hochfinanz mit den ebenso internationalistisch gesinnten Neomarxisten, die gemeinsam gegen den Mittelstand vorgehen, zu welchem auch die einheimischen handwerklichen Arbeiter gehören. Die Neomarxisten und ihre Klientel profitieren vom Sozialstaat, die Hochfinanz von der Ausbeutung der Migranten als Arbeitskräfte dank deren mindermere staatsbürgerlichen Status. Letztere hat also ein Interesse an möglichst grossen Migrationsströmen. Und die Zeche bezahlt der Mittelstand, der keine Möglichkeiten hat, sich dem erzeugten Steuerdruck zu entziehen!

Schön, in der Schweiz zu wandern

«In Amerika gewesen» ist heute für Europäer unabdingbar. Sechsspurig auf dem High Way über Tausende von Meilen. In einem hochpferdigen Auto. Oder im Flugzeug. «Von jedem Stammtisch fliegt einer nach Amerika». Amerika ist anders. Man muss es erlebt haben. Max Frisch erklärt, warum es so anders ist: «Sie kommen in ein menschenloses Tal in Arizona... nach zwanzig Jahren haben Sie eine Farm errichtet... mit hundert Pferden, mit zweihundert Rindern...» Die Sorge ist einzig, «wo man eine Weide findet für die Rinder, bevor sie sterben... Erst müssen die Steppen durchwandert, die Länder gefunden... bevor man Theater spielt.» Und wir auf dem «alten Kontinent»? Wir können sorglos wandern, um der blossen Freude und unserer Gesundheit wegen. Herz und Lunge durchlüften, mit den Augen stets wechselnde Farbbilder in uns aufnehmen. Keine Weidegründe suchen. Sie sind vergeben. Dies alles ab der Haustüre oder nach kurzer Fahrt mit Bahn oder Postauto. Keine tausend Meilen Anfahrt. Dennoch ist die Vielfalt unserer Nordwestecke unerschöpflich. Dank mehrtausendjähriger Besiedlung (zurück bis zur «Steinzeit»), Beweidung, Ackerbau, sogar in den Alpen – entstand in Europa – anders als in der «Neuen Welt» – ein dichtes Netz von Wegen und Stegen, die heute schweizweit mit gelben Wegweisern zu zwanglosen Fusswanderungen einladen. Die Wanderleiter der PRO SENECUTE (und anderer Gruppen) bieten abwechslungsreiche Rund-

gänge an, die ein Einzelner schwer finden würde, «Langwanderungen» (3 bis 4 Stunden) und «Kurzwanderungen» (2 bis 3 Stunden).

Nochmals zu Max Frisch:

«Sommer in New York, sagt meine Frau, ist fürchterlich». «Hunderttausende von Wagen rollen am Sonntag über die Washington Bridge hinaus... eine Armee von Städtern, die dringend die Natur suchen». Sie fahren an Seen vorbei, Wäldern mit grünem Unterholz... offene Felder ohne ein einziges Haus... nur eben: man fährt vorbei. Das «fliessende Band», das dreispurig in die Natur hinausfährt, «kann man einfach nicht stoppen». Wer auf dem seitlichen Rasen anhält, bekommt eine Busse. «Also weiterfahren, nichts als weiterfahren». Abends geht es, dann noch langsamer, drei oder vier oder fünf Stunden zurück. Dann ist man wieder in New York, «froh um die Dusche, auch wenn sie nicht viel nützt». Und dies in einem – verglichen mit der Schweiz – sehr dünnbesiedelten Land. Da haben wir es – so eng gestuhlt wir wohnen – einiges besser. Der Sommer kommt bestimmt. In New York sei dieser «fürchterlich». Hierzulande aber kann man von Januar bis Dezember zu Fuss hinaus in die Natur. So freue ich mich bereits anfangs Jahr, bald wieder mit Wanderstab und leichtem Gepäck ins Freie zu gehen.

Robert Berner, Rheinfelden

Die Zitate stehen in Max Frisch «In Amerika», zweite Auflage 2000, Schöfling Frankfurt am Main.

Privatisierung von Gemeindewerken?

Immer mehr werden in Städten und Gemeinden Versuche unternommen, Wasserversorgungen, Strassen- und Abwassergemeinden, Elektro- und Erschliessungsgemeinden zu privatisieren! Das ist ein total falscher Weg. Alle Gemeindewerke sollten in allgemeiner Hand verbleiben und zu Selbstkosten dem Bürger Dienste offerieren, die allen nützen! Privatisierte Werke sind eine unerhörte Gefahr! Da sind Renditen wichtig, Gewinne und Saläre für leitende Leute. Es kann total eingespart werden, indem jährlich nötige Sanierungsschritte einfach verschoben werden (auf die lange Bank)! Alles geht am Ende auf Kosten der ganzen Gemeinde; ist die «Firma» bankrott, muss alles wieder von der ordentlichen Gemeinde übernommen werden. Alles muss auf Kosten der Steuerzahler saniert werden und die Profiteure lachen sich ins Fäustchen, weil es ihnen

gelingen ist, jahrelang unerkannt abzusahnen. (ws)

Parteiisch werden?

Sollte die UNO-Beitrittsinitiative angenommen werden, bedeutete dies das Ende der nahezu 200-jährigen schweizerischen Neutralität. Das ist wirklich die nackte Wahrheit! Ausgesprochen von einem Fernsehsprecher der Euronews, dem offiziellen Nachrichtendienst der Europäischen Union. Sicher ist auch, wenn der UNO-Sicherheitsrat Sanktionen beschliesst, jedes UNO-Mitglied zwingend verpflichtet wird, bei diesen Sanktionen mitzumachen. Das verlangt zum Beispiel Artikel 41 der UNO-Charta. Darum wird mit einem UNO-Beitritt nicht nur unsere Neutralität, sondern mit Sicherheit auch unsere Selbstbestimmung in Frage gestellt oder sogar zerstört. Wollen wir unsere patriotische Gesinnung wirklich aufgeben, um in Zukunft machthörig und parteiisch zu werden?

Hans Wohlwend, Wil



Verwirrung um die Forschungsfreiheit

jd. Das Verbot eines Freisetzungsexperiments des ETH-Forschers Christof Sautter durch das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft hat eine heftige Aufregung in naturwissenschaftlichen Akademikerkreisen und ein wenig begründetes Wehklagen in Presse und Öffentlichkeit ausgelöst, die «Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit» sei bedroht. Professor Sautter wollte unter einem Zelt, das er eigens zu diesem Zweck konstruiert hatte, über eine acht Quadratmeter grosse Bodenfläche eine transgene Weizenart freisetzen.

Dazu ist Folgendes klarzustellen: Gewiss ist die Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit ein hohes Rechtsgut, das unbedingt zu schützen ist. Aber ein undifferenzierter Sprachgebrauch hat dazu geführt, dass unter den Begriffen Forschung und Wissenschaft heute zwei Dinge unter denselben Hut gebracht wurden, diesbezüglich eines freiheitlichen Umgangs nicht gleich behandelt werden können. Einerseits Erforschung der Wahrheit oder – wem diese Begriffe bes-

ser passen – der Gesetze und Struktur der Welt und der Natur einerseits und aktives Verändern und Umgestalten dieser Welt unter Bezug wissenschaftlicher Erkenntnisse, eine Art Ingenieurwesen andererseits. Während für das Erste die Forderung von Freiheit ein richtiger Grundsatz ist, geht das Letztere nicht, ohne dass der Mensch und die Gesellschaft gesetzliche Leitplanken setzen, damit sie sich nicht selbst zerstören.

Das Freisetzen einer neuen, in der Natur noch nicht vorhandenen Weizenart ist keine Erforschung der Welt, wie sie ist, sondern ihre Umgestaltung nach Art des Ingenieurs, wenn auch nur in einem potenziellen Sinn. Es ist nicht mehr reine Forschung, sondern angewandte Wissenschaft, ein tätiges Machen und Herstellen.

Für Architekten, Flugzeug- und Fahrzeugbauer, Heizungsinstallateure usw. gibt es schliesslich auch gesetzliche Vorschriften, was bei ihren Konstruktionen erlaubt ist und was nicht, Automobile haben eine Fahrzeugkontrolle zu bestehen usw!

Streit der Demografen um die Zukunft der Schweiz

Um die demografische Zukunft der Schweiz ist ein Streit unter Bevölkerungswissenschaftlern entstanden. Während das Bundesamt für Statistik annimmt, dass bei anhaltenden «Trends», wie sie zu beobachten seien, deren Bevölkerung nach einem «Buckel» im Jahre 2030 wieder leicht abnehmen und bis 2060 wieder auf 7,1 Millionen Einwohner schrumpfen würde, hält eine Studie der Stiftung Avenir Suisse mit dem Alt-68er Thomas Held an der Spitze und verfasst von zwei Berlinern (!) eine solche Voraussage für unrealistisch. Sie rechnet mit mehr Einwanderung und einem ständigen Anwachsen der Wohnbevölkerung bis 2060 auf 8,1 Millionen. Der Ausländerbestand würde in einem solchen Fall auf 1,712 Millionen ansteigen, wobei beide Studien mit einer Weiterführung der eifrigen Einbürgerungspolitik rechnen. Nach aller Erfahrung muss man die Prognose

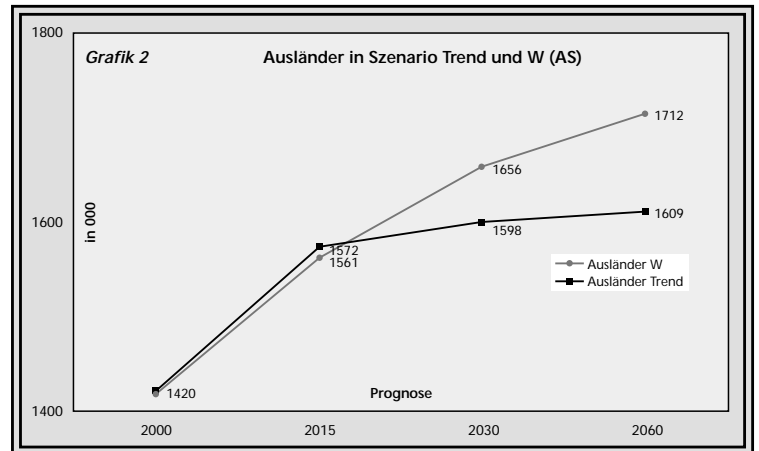
von Avenir Suisse leider als die wirklichkeitsnähere bezeichnen.

Ein Gutes haben alle diese Studien: sie beweisen, dass auch mit einer wesentlichen Steigerung der Einwanderung der Trend zu mehr alten Leuten nicht zu stoppen ist und strafen dem jahrzehntelangen Propagandaspruch der Einwanderungsbefürworter Lügen, die Einwanderer würden «uns die AHV bezahlen»! AWP Soziale Sicherheit bringt deshalb auch eine Verschiebung des AHV-Alters auf 67 Jahre ins Gespräch. Denn – was für die Schweizer Demokraten bzw. die Nationale Aktion seit jeher selbstverständlich war – auch Ausländer werden alt! Eine Änderung des Trends liesse sich nur durch eine substanzielle Erhöhung der Geburtenziffer erreichen. So könnten auch demografisch stabile Verhältnisse ohne Bevölkerungswachstum erreicht werden. Die Begründung

findet sich u. a. in meinem Buch «Biopolitik». Eine solche Entwicklung schliessen jedoch alle besprochenen Studien gerade aus! Sie behaupten entgegen konkreten Erfahrungen in andern Ländern keck, die Geburtenziffern liessen sich sozialpolitisch nicht beeinflussen! Gerade die Entwicklung in der Schweiz beweist das Gegenteil: junge Familien, besonders solche mit nur einem Ernährer, werden immer mehr sozial ausgepresst!

Angesichts der politischen Diskussionen, die in der Schweiz rund um die Familienpolitik geführt werden, müssen wir uns über den Tatbestand, dass unser einheimisches Volk im Aussterben begriffen ist, allerdings auch nicht wundern! Gut ist, dass die Zeitschrift AWP Soziale Sicherheit, die diese Studien kommentiert, hinter dem Titel «Mehr Ausländer – höhere Produktivität» ein Fragezeichen setzt.

Dr. med. Jean-Jacques Hegg



Aus: AWP Soziale Sicherheit

Kurznachrichten

Bald keine Schweizer Gletscher mehr

«Trendanalysen sagen, dass bei einer Verdoppelung des CO₂-Gehaltes in der Atmosphäre als Folge des Klimawandels in den nächsten fünfzig Jahren ein grosser Teil der schweizerischen Gletscher verschwinden wird.» So steht es im neusten Expertenbericht des Bundesrates. Dies zeigt Folgen für die Naturgefahren, den Wintertourismus, die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur unseres Landes.

Seit 1750 ist die atmosphärische CO₂-Konzentration um 31% gestiegen. Schon in den nächsten zehn Jahren werden alle gemessenen Werte der letzten 420'000 Jahre überschritten, sagt die Wissenschaftler-Plattform über Klimaveränderungen (IPCC)². Sie beziffert die Erwärmung der Erdoberfläche auf 1.4 bis 5.8° Celsius bis zum Jahre 2100, wenn die CO₂-Emissionen nicht rasch reduziert werden. Erdöl, Erdgas und Kohle gefährden die Existenzgrundlagen der Menschheit: Die Landwirtschaft, die Siedlungsentwicklung und die Artenvielfalt stehen auf dem Spiel.

Pro Natura Magazin 5/2001

Schlachthof-Gräuel in der EU

Aufgrund einer Anfang 2001 in Kraft gesetzten EU-Vorschrift darf das Gehirn der Schlachttiere nicht mehr zerstört werden – eine BSE-Vorsichtsmassnahme. Dies hat zur Folge, dass viele Rinder vor dem Schlachten nicht mehr richtig

betäubt werden und den Schlachtvorgang, das Zerlegtwerden, bewusst erleben. Der zuständige österreichische Minister erklärte dazu, das sei zwar nicht tiergerecht, aber zum Schutz der Konsumenten notwendig. Auch die zuständige EU-Kommission hält «Konsumentenschutz» für wichtiger als Tierschutz. Was verschwiegen wird: Mit qualifiziertem Schlachthauspersonal und modernen Schlachthauseinrichtungen zur Sicherstellung des präzisen Ansetzens des Bolzenschussapparates wäre eine richtige Betäubung trotz dieser EU-Vorschrift möglich, aber darum kümmert sich im bestialischen Staatenbund EU niemand.

VgT-Nachrichten 1/2002

Keine Trendwende im Güterverkehr durch die Alpen

Im Jahr 1980 wurden noch 93 Prozent der Güter über die Alpen auf der Schiene transportiert, bis 1999 sank dieser Anteil auf 69 Prozent. Die Menge der transportierten Waren verdoppelte sich im gleichen Zeitraum: 163 Millionen Tonnen werden heute über die Berge gebracht. Interessante Zahlen zum alpenquerenden Güterverkehr liefert die Broschüre Wege durch die Alpen des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE). Sie zeigt auch politische Lösungsansätze wie etwa die Schwerverkehrsabgabe, durch die wieder mehr Transporte von der Strasse auf die Schiene verlagert werden sollen.

Bundesamt für Raumentwicklung

Pelz tragen ist Gewissensfrage

Wir lassen nicht locker!

Pelzverkäufe sind zwar in den letzten Jahren zahlenmässig zurückgegangen, und das nicht nur rezessionsbedingt, sondern weil immer mehr Leute aus Imagegründen auf den Kauf verzichten. Das ist der Erfolg der weltweiten Proteste der Tierschutzorganisationen. Aber er stellt sich langsam ein. Viel zu langsam. Noch immer steht Jahr für Jahr millionenfache unsägliche Qual hinter den hübschen Jacken, Mänteln, Kleiderbesätzen, Handschuh- und Schuhfuttern. Und die

Pelzindustrie gibt sich alle Mühe, diese Tatsache zu verwehlen: mit Scheinargumenten («Pelz ist Natur»), Versprechungen («Humane Fallen») und falschen Behauptungen («Moderne Pelztierfarmen sind tiergerecht»). Aber es gibt im Pelzhandel nicht die geringste Gewähr, dass die Tiere, deren Haut und Haar uns angeboten wird, ein tierwürdiges Leben leben und einen qualfreien Tod sterben konnten. Deshalb bleibt Pelz tragen nach wie vor eindringliche Gewissensfrage.

Schweizer Tierschutz



Die Welt um die Jahrtausendwende

1804 ist für Bevölkerungsforscher ein wichtiges Jahr. Die Menschheit hatte die magische Milliardengrenze überschritten – dafür zwei Millionen Jahre gebraucht. 1927 waren es schon 2 Milliarden, 1960 drei. Erstmals sprachen Experten von einer beängstigenden Bevölkerungsexplosion. Hilflos sahen sie zu, wie das Wachstumsintervall immer kürzer wurde: 1974 folgte die vierte Milliarde, 1987 die fünfte und 1999 bereits die sechste...

Das Raumschiff Erde ist voll

Der Homo sapiens bereitet sich immer rasanter aus. Viele Wissenschaftler stellen sich die Frage, wann Schluss ist. Wie viele Menschen kann das Biotop Erde tragen und ertragen? «Bei neun Milliarden wirds dramatisch», sagt der Biologe Professor Herwing Birg. Das wäre im Jahr 2050. Andere, etwas optimistischere Experten sehen bei 12 Milliarden Menschen die irdischen Ressourcen erschöpft. Das wäre 2060...

Vor allem zwei Trends bereiten den Forschern Sorgen. Erstens das Ungleichgewicht der Weltbevölkerung: Während die Südhalbkugel immer voller wird, schrumpft die Menschheit im Norden. Zweitens die Bevölkerungsexplosion in Ländern wie Pakistan, Bangladesch, Indien, China, Indonesien und Nigeria. «Hier drohen blutige Auseinandersetzungen im Land, Nahrung und Wasser», sagt der Bremer Soziologe Hartmut Diessenbacher

– «denn laut UNO findet die Hälfte des Bevölkerungswachstums allein in diesen sechs Ländern statt».

Hunger, Wassernot, Dürre und Krieg

Eine fatale Entwicklung, die Riesenprobleme mit sich bringt

■ **Hunger und Kriege um Ackerland:** Vergeblich hat die UNO gewarnt, dass von den Weide- und Waldgebieten in der Dritten Welt der grösste Teil versandet und abgeholzt ist. Die Folgen: «Von Jahr zu Jahr gibt es 160 Milliarden Tonnen Getreide weniger», sagt Lester Brown, Direktor des World Watch Instituts. Kämpfe um Nahrung sind programmiert.

■ **Durst:** «Zwei Drittel der Weltbevölkerung leidet im Jahr 2025 unter gravierendem Wassermangel – das sind dann fünf Milliarden», prophezeit Brown. Resultat: Metzeleien. Ägypten, Äthiopien und der Sudan werden z. B. erbitterte Kämpfe um den Nil austragen.

■ **Massenfluten von biblischem Ausmass:** Die Länder der Dritten Welt werden aus allen Nähten brechen – und die Hungernden fordern ihren Anteil an Wohlstand immer härter. Sie pilgern Richtung Norden. Selbst am Südrand des Mittelmeers – nicht weit von uns entfernt – entsteht dieser soziale Sprengstoff. 2050 leben 500 Millionen Menschen im Landgürtel von Marokko über Tunesien und Syrien bis zur Türkei – doppelt so viele

wie heute. Sie brauchen alle Arbeit – und Nahrung.

■ **Wuchernde Mega-Städte:** Schon im Jahr 2025 werden zwei Drittel der Menschheit in Gross- und Giga-Städten leben – das sind fünf Milliarden! Die UNO schätzt, dass weltweit 358 neue Millionenstädte mit Riesen-Slums entstehen. Die meisten in Afrika und Asien. Lässt sich die Katastrophe überhaupt verhindern? Ohne Verzicht und milliardenschwere Hilfen der Industrieländer ganz sicher nicht. Viele Faktoren bestimmen darüber, ob die Folgen der Bevölkerungsexplosion erfolgreich bekämpft werden können.

■ **Ende der Energieverschwendung:** Jedes Jahr, schätzen Geologen, verheizen wir soviel Brennstoff, wie die Natur zuvor im Laufe von jeweils einer Million Jahre angespart hat. Vor allem die westlichen Länder müssen sofort bewusster damit umgehen.

■ **Mehr Investitionen in gerechte Wasserverteilung:** Künftig reichen 16 bis 20 Milliarden Dollar nicht mehr aus: In 25 Jahren müssen es 125 Milliarden sein, schätzt die Welt-Wasser-Kommission – mindestens.

■ **Unterernährung bekämpfen:** Schon heute hungern weltweit 800 Millionen Menschen. Neue Anbaumethoden, Gen-Getreide, das auch auf salzigen Böden wächst – all das könnten Lösungen sein.

«Die Reichen dieser Welt sollten sich kümmern. Im eigenen Interesse», rät Jacques Diouf, Leiter der Welternährungsorganisation (FAO). Denn sonst wird die Dritte Welt die erste Welt heimsuchen – mit Krieg, Elend, Gewalt, Kriminalität und Seuchen. Eine Entwicklung, die im Grunde schon begonnen hat.

Mike Powelz aus:
Deutsche Apotheker Zeitung

Region Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn Weltnaturerbe

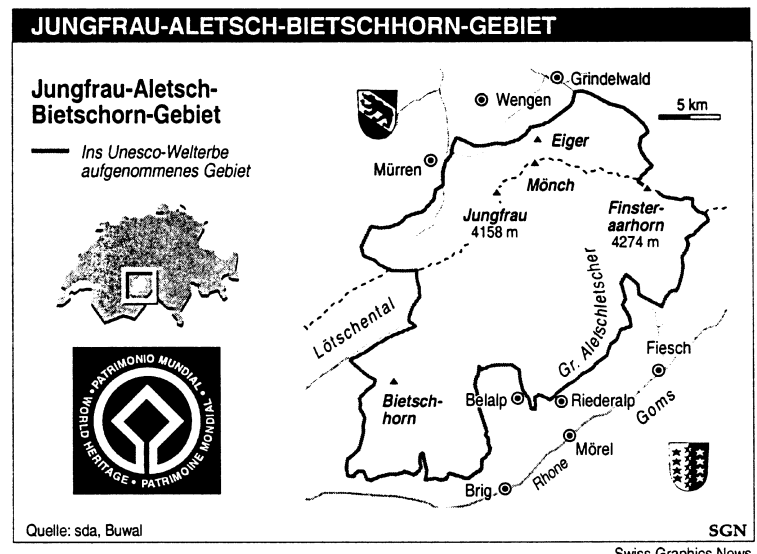
Helsinki/Bern (sda) Die Region Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn im Grenzgebiet der Kantone Bern und Wallis gehört neu zum Weltnaturerbe. Das Welterbe-Komitee der UNESCO hat in Helsinki der Aufnahme diskussionslos zugestimmt. Das vom Bundesrat vorgeschlagene Gebiet erstreckt sich vom Finsteraarhorn über Eiger, Mönch und Jungfrau, den Aletschgletscher, das Bietschhorn und Teile des Lötschen- und Baltschiederals. Die Gesamtfläche beträgt 539 Quadratkilometer in 13 Walliser und den zwei Berner Gemeinden Grindelwald und Lauterbrunnen. Die betroffenen Gemeinden im Berner Oberland und im Wallis stellten sich nach anfänglicher Skepsis schliesslich hinter das Projekt. Ein langes Seilziehen gab es um den genauen Perimeter des einzubeziehenden Gebietes. Hauptsorge der Gemeinden waren

dabei Einschränkungen bezüglich der künftigen touristischen Entwicklung.

Das Jungfrau-Aletschgebiet ist das erste Weltnaturerbe im ganzen Alpengebiet. Es figuriert jetzt zusammen mit dem Yellowstone-Nationalpark, dem Grand Canyon, der Serengeti und den Galapagos-Inseln im Weltnaturerbe.

Im Weltkulturerbe ist die Schweiz bereits mit der Berner Altstadt, dem Klosterbezirk St. Gallen, dem Kloster Münstair und den Tre Castelli von Bellinzona vertreten.

Pro Natura Berner Oberland hat die Aufnahme des Jungfrau-Aletschgebiets ins Weltnaturerbe mit Begeisterung zur Kenntnis genommen. Die Naturschutzorganisation sieht sich in ihrem jahrzehntelangen Bemühen um den Schutz der Berner Hochalpen und besonders des hinteren Lauterbrunnentals bestätigt.



Quelle: sda, Buwal

SGN

Swiss Graphics News

Verheerende Revision des Betäubungsmittelgesetzes!



Der Ständerat hat eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes verabschiedet, die – sollte der Nationalrat

nicht wesentliche Korrekturen anbringen – verheerende Auswirkungen auf den Gesundheitszustand unserer Bevölkerung haben würde und deshalb dringend mit einem Referendum bekämpft werden muss. Der Konsum oder besser Missbrauch von Cannabisprodukten soll dabei weitgehend liberalisiert werden. Dazu würden die so genannten Heroinersuche, das heisst die angeblich kontrollierte Heroinabgabe an Süchtige, ins Gesetz überführt werden.

Anbau, Herstellung, Besitz und Erwerb von Cannabis, Hanf, Haschisch und Marihuana zum Eigenkonsum sollen neu straffrei sein. Beim gewerbmässigen Anbau und Verkauf dieser Produkte würde das so genannte Opportunitätsprinzip gelten, das heisst auf eine Strafverfolgung könnte dann verzichtet werden, wenn sie angeblich keine erhöhten Gesundheitsrisiken bergen und an über 18jährige abgeben würden, ein klassischer Gummiparagraph. Als Begründung dieses Revisionspunktes dient die Behauptung, Cannabisprodukte seien nicht gesundheitsschädlicher als der ebenfalls erlaubte Konsum alkoholhaltiger Getränke. Was ist von dieser Behauptung zu halten?

Unzulässiger Vergleich Alkohol/Cannabis

Unbestreitbar gibt es eine Alkoholkrankheit, die leider ziemlich weit verbreitet ist, körperliche

Krankheiten zur Folge hat und als Ursache von Verkehrs-, aber auch Arbeitsunfällen ihre Rolle spielt. Es darf aber nicht unterschlagen werden, dass es auch den massvollen Gelegenheitskonsumenten alkoholhaltiger Produkte gibt, der den Alkohol als Genussmittel einnimmt, keinen Missbrauch betreibt und sich selber immer in der Hand hat, ohne je das Rauscherlebnis zu suchen. Im Gegensatz hiezu ist häufiger Missbrauch von Cannabis immer mit der Entwicklung einer Abhängigkeit verbunden. Regelmässiger massvoller Alkoholgenuß ohne Exzesse ist übrigens gesund und wirkt als Schutz vor gewissen Herzkrankheiten. Cannabis wird jedoch immer und ausschliesslich als Rauschmittel eingesetzt. Er ist kein Genussmittel! Sein Missbrauch spielt als Ursache von Verkehrs- und Sportunfällen ebenfalls eine bedeutende Rolle, ohne dass dies von einer weiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen würde. In unverständlicher Weise berichten die Medien nämlich praktisch nie davon, während der Alkohol als Unfallursache in aller Munde ist. Schliesslich führt länger dauerndes regelmässiges Rauchen von Cannabisprodukten, ebenso wie der masslose Alkoholkonsum, zu Gesundheitsschädigungen: chronische Bronchitis, Schädigung des Immunsystems mit erhöhter Gefahr von Infektionskrankheiten, erhöhtes Krebsrisiko wie beim Tabakrauchen, Schwächung des Gedächtnisses und der Konzentrationsfähigkeit, Psychosen, Schädigung des Ungeborenen, sogar Erbschädigungen.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Alkohol im Körper viel schneller abgebaut und ausgeschieden

wird. Er ist wasserlöslich und wird verbrannt. Nach einem halben Tag ist ein alkoholischer Rauschmann ausgenüchtert. Tetrahydrocannabinol (THC), die rauscherzeugende Substanz im Cannabis, ist hingegen fettlöslich und bindet sich ans Körperfett. Abbau und Ausscheidung geschehen deshalb viel langsamer als beim Alkohol, und auch 48 Stunden nach dem Rauchen eines «Joint» ist THC im Körperfett immer noch nachweisbar! Dazu der TCS: «Ein Joint am Wochenende – ein Verkehrsunfall am Dienstag.» Auch die Behauptung, der Cannabis sei keine Einstiegsdroge für härtere Sachen wie Heroin oder Kokain, hält einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Sie wurde aufgestellt, um so genannten Randgruppen, die häufig Cannabis missbrauchen, politisch gefällig zu sein. Ich jedenfalls habe in meiner praktischen Berufstätigkeit noch nie einen schwer Süchtigen nach Heroin oder Kokain angetroffen, der zu Beginn seiner «Drogenkarriere» nicht auch Cannabis missbraucht hätte.

Weitere Steigerung der Krankheitskosten?

Cannabis war im vorletzten Jahrhundert noch im Schweizer Arzneimittelschatz (Pharmakopoe Helvetica) als Medikament aufgeführt. Erst schlechte Erfahrungen haben damals bewirkt, dass er wieder herausgenommen wurde. Wollen wir diese schlechten Erfahrungen wirklich in den Wind schlagen? Die moderne Medizin hat längst Arzneimittel entwickelt, die gegen Brechreiz, Erbrechen und Schmerzen viel wirksamer sind als Cannabis! Die Tatsache, dass es in der Schweiz hunderttausende von

Alkoholkranken gibt, ist doch kein Grund, uns auch noch die Last hunderttausender von Cannabisabhängigen aufzuladen!

Die Legalisierung der so genannten Heroinersuche ist ein weiterer Grund, die anstehende Revision des Betäubungsmittelgesetzes abzulehnen. Seit Heroin «kontrolliert» an Süchtige abgegeben wird, ist es kaum mehr möglich, Heroinsüchtige zu einer abstinenzorientierten Entzugsbehandlung zu motivieren, und die Einrichtungen für Entzugsbehandlungen stehen mangels Patienten zu einem guten Teil leer. Einige wurden auch kurz nach Eröffnung wieder geschlossen!

Da wird jahrzehntelang geklagt, die «Gesundheitskosten» seien nicht in den Griff zu kriegen und die Krankenversicherungsprämien würden für die Bürger unerträglich hoch, was für viele Familien und alleinstehende Bedürftige auch zutrifft. Aber man revidiert die Gesetze so, dass diese Kosten noch weiter ansteigen werden! Auch an das Defizit der Invalidenversicherung ist zu denken. Bei einem grossen Teil der invalid Erklärten (rund der Hälfte!) muss dies aus psychischen Gründen geschehen, und in einem erheblichen Teil dieser Fälle sind Drogen und Rauschmittel im Spiel!

Und wie passt diese Revision zu den Bestrebungen des Bundesrats und fast aller Regierungsparteien, die Schweiz in die UNO zu führen? Die Gesundheitsorganisation der UNO WHO lehnt sowohl die Freigabe des Cannabis als auch die Abgabe von Heroin grundsätzlich ab. Heroin ist für sie eine illegale Substanz.

*Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
Facharzt für Psychiatrie FMH,
Dübendorf*

Basel-Land-Abstimmung 3. März:

Stopp den Einbürgerungsmissbräuchen

Möchten ausländische Personen das Schweizer Bürgerrecht erwerben, so ist ihre Einbürgerung an bestimmte gesetzliche Vorgaben gebunden. Entscheidende Kriterien sind unter anderem die aktive Integration wie zum Beispiel das Verstehen und Sprechen einer unserer Landessprachen, aber auch die kulturelle Identifikation mit unseren demokratischen Grundwerten der Gesellschaft. Diese wichtigen Schritte auf dem Weg zur Einbürgerung erleben und vollziehen sich vor allem auf kommunaler Ebene, den Gemeinden. Wie bei allen Bewerbungen ist es aber nicht auszuschliessen, dass aus verschiedenen Gründen entsprechende Einbürgerungsgesuche abgelehnt werden. Diese Negativent-

scheide müssen den Gesuchstellern aber transparent begründet und dargelegt werden. So zum Beispiel mangelnde Sprachkenntnisse, fehlender Integrationswille, gesetzeswidriges Verhalten usw.

Der Kanton Baselland kennt nun im kantonalen Einbürgerungsgesetz noch die Möglichkeit, dass aus achtenswerten Gründen auch vom Wohnsitzerfordernis abgesehen werden kann, also ohne entsprechende Beziehung zur Gemeinde eingebürgert werden darf. Diese Ausnahmebestimmungen wurden in den letzten Jahrzehnten von drei Oberbaselbieter Gemeinden immer wieder dazu missbraucht, abgelehnte Einbürgerungsgesuche von Personen aus anderen Baselbieter Gemeinden doch noch an-

zunehmen. Der wichtige Aspekt der Integration spielte in diesen Fällen nur eine nebensächliche Rolle – wichtig waren und sind für diese Gemeinden offensichtlich die namhaften Einbürgerungsgebühren. Damit wurden aber die grossen Integrationsbemühungen der vielen Baselbieter Bürgergemeinden desavouiert und missachtet, die ja ihren Entscheid in einem recht aufwändigen Verfahren rechtsstaatlich korrekt abklärten und auch konsequenterweise zu gewissen Negativentscheiden gelangten. Es darf aber nicht die Regel sein, dass vor allem aus finanziellen Gründen ein Baselbieter Einbürgerungstourismus von Gemeinde zu Gemeinde möglich ist, indem zum Teil nicht oder nur mangelhaft integrierte Personen aus rein finanziellen Gründen eingebürgert werden. In diesem Sinne verlangen wir Schweizer Demokraten schon seit Jahren im Landrat und beim Regierungsrat, dass dieser umstrit-

tene Gesetzparagraph gestrichen wird, um den Auswüchsen im Einbürgerungswesen einen Riegel zu schieben. Leider bisher ohne Erfolg, deshalb kann das Volk nun darüber abstimmen.

Mit der kantonalen Volksinitiative «Für eine vernünftige Einbürgerungspolitik» stellen wir daher diese Forderung wieder in den Vordergrund wie es schon ein Grossteil der heutigen Baselbieter Gemeinde gewissenhaft und vorbildlich macht. Zuerst die Integration aktiv fördern und unterstützen und als logischen zweiten Schritt dann die Aufnahme in das Bürgerrecht in der Wohngemeinde. Nicht das finanzielle Interesse, sondern vielmehr der Integrationsgedanke müssen hier im Vordergrund stehen.

In diesem Sinne bitte ich alle, die SD-Initiative «für eine vernünftige Einbürgerungspolitik» anzunehmen.

*Thomas H. Friedli,
SD-Landrat, Aesch*



Regelung der Betriebs- sparkassen wird überprüft

Der Bundesrat unterstützt die Förderung nach einer Überprüfung der Regelung der betriebseigenen Depositenkassen. Er hat heute beantragt, ein entsprechendes Postulat von Nationalrat Bernhard Hess (SD/BE) entgegenzunehmen.

Wie der Fall Swissair gezeigt hat, sind Privateinlagen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Betriebs Sparkassen schlecht geschützt. Gestützt auf eine Ausnahmeregelung in der Bankenverordnung (Art. 3a Abs. 4 lit. e) unterstehen diese Sparkassen nämlich nicht dem Bankengesetz und damit auch nicht der Aufsicht der

Bankenkommission. Demzufolge gelten auch alle weiteren Vorschriften des Bankengesetzes für diese Sparkassen nicht, namentlich die Reservebildung, Eigenmittel, Klumpenrisiken usw. Kommt dazu, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinen Einlegerschutz bis zu 30'000 Franken geniessen, wie dies bei den übrigen Banken der Fall ist. Der Bundesrat ist deshalb bereit zu prüfen, inwiefern die Risiken der Betriebs Sparkassen minimiert werden können.

*EFD-Medienmitteilung
vom 7. Dezember 2001*

Illegale: Raus – aber schnell

«Vorerst muss ich dem Rat mitteilen, dass ich und weitere Aktivisten und Sympathisanten der Schweizer Demokraten derzeit massiv von Sympathisanten der «sans-papiers» in der Stadt Bern bedroht werden, dies insbesondere auch deshalb, weil am 25. Oktober unser Stadtrat Peter Bühler sich kritisch gegen Kirchenbesetzungen in der Stadt Bern geäußert hat. Dies gipfelte darin, dass eine Veranstaltung der Jungen Schweizer Demokraten am 26. Oktober dieses Jahres von Antifa-Aktivisten überfallen wurde. Umso erfreulicher ist es, dass Sie, Frau Bundesrätin Metzler, den unverschämten Erpressungsversuchen der «sans-papiers»-Bewegung bislang nicht nachgegeben haben. Geben wir den teils mit kriminellen Mitteln kämpfenden Papierlosen nach, so bedeutet dies die Aushöhlung des Rechtsstaates, den totalen Verlust der Glaubwürdigkeit der schweizerischen Einwanderungspolitik und ganz sicher nochmals eine Ermunterung für weitere ille-

gale Einwanderer. Es darf doch nicht sein, dass ein Asylbewerber, der an der grünen Grenze mutwillig seine Papiere vernichtet und somit, seine Identität verschleiert, jetzt für sein Handeln auch noch honoriert wird. Wenn Arbeitssuchende in unser Land einreisen und dableiben, so tun sie dies bewusst. Auch um Fremdenfeindlichkeit zu vermeiden, heisst es wenigstens in Zukunft auf einer konsequenten Linie zu bleiben. Konkret heisst dies: Keine Aufenthaltsbewilligungen für Personen, die illegal in der Schweiz leben und keine schwammigen Härtefälle! Keinesfalls ist auf die neuesten Vorschläge der SP einzutreten. Die Schweiz braucht weder eine Migrationskommission noch einen Rechtsanspruch auf Einwanderung. Recht und Gesetz müssen eingehalten werden, und dies heisst: Wer hier illegal anwesend ist – raus, aber schnell!»

*Votum von Bernhard Hess
vom 10. Dezember 2001*



Kanton Thurgau



Neujahrsansprache 2002

Offener Brief an den Bundespräsidenten Kaspar Villiger

«...*Sehr geehrter*

Herr Bundespräsident Villiger

Ihre Neujahrsansprache hat viele verärgert und beschämt; sie fragen sich, wie kann unser Bundespräsident zu solchen Aussagen kommen? Es sind Halbwahrheiten, die aber bei unwissenden Menschen zu Lügen tendieren, weil viele nicht differenzieren können. Zum angestrebten UNO-Beitritt des Bundesrates sagen sie, es liege im Interesse des Landes, wenn Menschenrechte durchgesetzt, Konflikte entschärft und Umwelterstörung verhindert würde. «Würde» ist richtig, denn gar nichts von alledem geschieht. In Indien gibt es immer noch 900 Mio. der menschenverachtenden Kaste! Im Tibet betreibt nach wie vor China eine Schreckensherrschaft und terrorisiert Formosa, das es aus der UNO vertrieben hat. Von Hunger, Mord, Verschleppung und Menschenjagd wollen wir gar nicht reden. Die UNO hat nichts erreicht, keinen Konflikt gelöst – im Gegenteil. Von den gewaltigen Kosten gar nicht zu reden, die uns militärische Aktionen zusätzlich kosten werden.

«Die UNO ist zwar keine perfekte, aber die einzige, weltumspannende Organisation...» doch UNO heisst USA, China, Russland, England und Frankreich! Diese fünf grossen sind die Herren, die Mächtigen; von Demokratie keine Spur!

Die UNO-Vollversammlung kann mit grosser Mehrheit Beschlüsse fassen – alle müssen sich daran halten, nur diese Grossen brauchen sich nicht darum zu kümmern. Sie alleine haben das Veto-Recht und mit einem Veto ist für sie jeder UNO-Beschluss nicht verbindlich. Wo, lieber Herr Villiger bleibt ihr Demokratieverständnis, wo ihr demokratisches Feingefühl für Gleichberechtigung? Wo? Darum schämen sich viele Mitbürger über ihre zweifelhaften Aussagen zum Jahresanfang. Wenn Sie weiter über die Medien verkünden lassen, dass wir mit vollen Rechten beitreten, in der UNO mitbestimmen und Einfluss gewinnen werden... muss gesagt werden: Einfluss haben nur die fünf Grossen! Unsere Mitarbeit bei allen wichtigen UNO-Projekten ist seit Jahren 100%-ig. Die Mitgliedschaft ist darum unnötig und für eine Demokratie unwürdig. Bleiben wir Demokraten und bleiben wir neutral! Wir wollen unsere Armee im Lande behalten und keine Durchmarschrechte für fremde Armeen gewähren. Wir wollen auch nicht Gehilfen der Mächtigen sein, sondern frei und Demokraten bleiben durch und durch!»

*«Thurg. Komitee gegen den
Beitritt zur völlig
undemokratischen UNO!»*

Papierlose – wir stellen Fragen!

Viele Bürger können einfach nicht verstehen, woher überhaupt 100'000 bis 300'000 Menschen (je nach Schätzung) innert kürzester Zeit «gekommen» sind! Sie würden hier für wenig Geld (schwarz) arbeiten und leben, also illegal sich im Lande aufhalten! Wie ist das möglich? Sind unsere Grenzkontrollen derart himmeltraurig geworden, dass jeder kommen und gehen kann, wie er will? Wo ist unsere Polizei? Was ist los mit den Arbeitgebern. Warum werden diese nicht massiv gebüsst für illegale Anstellungen? Oder haben wir schon so viele Geschäfte und Firmen von Ausländern in der Schweiz, die billige Landsleute hierher fliegen, um sie dann sklavennützlich auszubeuten? Angeblich gebe es viele solcher Fälle, z. B. von Chinesen. Was ist mit jenen Ausländern, die im Asylverfahren abgewiesen wurden und anschliessend einfach ihre Papiere vernichteten? Warum werden diese Leute nicht definitiv ausgeschafft und vor der Ausschaffung mit modernsten Mitteln registriert? Was ist los mit dem Departement Metzler und warum wird der Volkswille derart mit Füssen getreten? In der Zeitspanne von einem Jahr (August 2000 bis 2001) meldete ja das gleiche Departement scheinheilig ein Ansteigen der Ausländerzahl um ca. 29'000 Personen – in Tat und Wahrheit sind in dieser Zeitspanne über 98'000 neue Einwanderungen zu verzeichnen. 30'000 Eingebürgerte wurden statistisch und leise einfach durch neue Zuwanderer ersetzt... Nehmen wir nun diese 98'000 Einwanderer, dazu Zehn-

tausende von Asylanten (wurden nicht mitgerechnet) und die Hunderttausenden von Papierlosen in die Krankenkassen, Pensionskassen und andere soziale Werke auf, werden wir in Bälde den totalen Bankrott unserer Sozialwerke beziehungsweise unseres Landes erleben müssen. Was für ein Elend! Unser Volk, aber auch jene Einwanderer, die vor Jahren die «Ärmel hochgekrempt» haben, werden betrogen, betroffen und bestohlen sein. Bleibt die Frage, ob unsere Damen und Herren Politiker blind und taub sind und wie sie das den Menschen erklären wollen? Ist nicht die Einrichtung Krankenkasse bereits mehr als bankrott? Völlig neben den Schuhen bewegen sich aber die linken, grünen und andere Menschenfreunde, die sich in allen Tönen für Papierlose stark machen; von gewissen Medienleuten gar nicht zu reden.

SD Thurgau, kant. Parteileitung

Eine nette Frau ...

Vreni Spoerry hat eine Million gespendet für die Betroffenen ihrer SWISSAIR-Katastrophe. Wie rührend! Dabei müsste die SWISSAIR weiterleben; nur dieser Name hat weltweit Anerkennung und Vertrauen!

Bei diesem Desaster darf aber niemand zu Schaden kommen. Alle Verantwortlichen, auch Frau Spoerry, sollten intensiv zur Kasse gebeten werden, selbst mit ihrem Privatvermögen. Das wäre der einzig richtige Weg; Spenden von Frau Spoerry sind eine unwürdige Sache... (ws)

Gedanken zum neuen Jahr 2002



Hans Steffen,
a. Nationalrat,
Fischtenthal

Es ruhen unzählige politische Sachgeschäfte in der Gesetzes-Pipeline, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger der Eidgenossenschaft revolutionär verändern könnten, sollten sie Wirklichkeit werden. In der Folge werden einige wichtige Bereiche abgetastet.

Staatspolitik:

Ausländerpolitik: Die erleichterte Einbürgerung und Zwangseinbürgerung der Dritten Generation von Ausländern und eine gesetzeswidrige «humane» Lösung des Problems der «Sans-papiers» mögen durch Referendums-Abstimmungen und Widerstand der Kantone verunmöglicht werden.

Staatsleitungsreform:

Der Bundesrat hat die Botschaft über die Staatsleitungsreform verabschiedet. Nach diesen Plänen soll jedes Mitglied des Bundesrats einen «Delegierten Minister» erhalten. Nach den abgelehnten «Staatssekretären» kommt Bern auf fragwürdige Art mit einer neuen Bezeichnung für dieselbe Funktion. Mit der Einführung des Begriffs «Minister» will der Bundesrat eine internationale konforme Bezeichnung für ein Exekutivamt einführen. Die Schweiz hat keine Regierung und auch keine Minister, sondern Vorsteher der Departemente, ein Zeichen dafür, dass sie eine direkte Demokratie ist und nicht eine parlamentarische. Es bleibt zu hoffen, dass diese Reform letztlich wieder scheitern wird.

Aussenpolitik:

Betrachtet man das Versagen der UNO bei den flächendeckenden Angriffen der USA auf Afghanistan, dem Säbelrasseln der USA Richtung Irak, Jemen und Somalia, dem Schweigen der UNO beim Aufflackern des Kaschmir-Konflikts und dem tatenlosen Zusehen bei den kriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Israel, sollte es am 3. März 2002 möglich sein, dass Volk und Stände einen UNO-Beitritt ablehnen.

Europapolitik:

Nachdem die politisch machtvolle Schweizer Grosswirtschaft ganz offensichtlich kein Interesse an einer raschen Annäherung der Schweiz

an die EU zeigt, kann damit gerechnet werden, dass diesbezüglich wenig geschehen wird. Nach der schwachen Verhandlungsleistung Bundesrat Leuenbergers mit den Deutschen über die Anflugmodalitäten des Flugplatzes Zürich bleibt zu hoffen, dass künftig fähige Verhandlungsführer mit Wirtschaftserfahrung gefunden werden, die sich nicht nach ein paar Stunden Verhandlungsdauer kurz vor einem Schwächeanfall über den Verhandlungstisch ziehen lassen, sondern hartnäckig die Position der Schweiz vertreten.

Wirtschaftspolitik:

Spätestens nach dem Swissair-Debakel dürfte es den gefährlichen Globalisierern auch hierzulande nicht mehr so leicht fallen, ihre Ziele zu erreichen. Ein Augenmerk sollten Politik und Wirtschaft auf die Tätigkeit jener riesigen internationalen Beraterfirmen werfen, die immer detaillierter Einblick in die Geschäftspraktiken, in die erfolgreiche Produkteplanung und unternehmensinterne Forschung ihrer Kunden erhalten. Illegale Informationen dieser Art an Börsenspekulanten und Fusions-Spezialisten lassen sich für gutes Geld verkaufen.

Globalisieren fängt auch da an, wo funktionierende Unternehmen der öffentlichen Hand (Verkehrsbetriebe, Elektrizitätswerke von Gemeinden, Gebäudeversicherungen, Kantonbanken usw.) in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, dass sich diese später in einen grossen Konzern eingliedern lassen. Es bleibt zu hoffen, dass spätestens bei der politischen Ausmarchung über das «Elektrizitätsmarktgesetz» auch den einfachsten Geistern die Augen aufgehen, und sie das Gesetz ablehnen werden.

Bildungspolitik:

Unser Bildungssystem war einst weltweit als eines der führenden anerkannt. Vor über 40 Jahren besuchte der Konstrukteur des ersten US-Atomunterseeboots, Admiral Rickover, verschiedene Schulen in unserem Land. In einem Vergleich mit dem US-Bildungssystem erklärte er, das schweizerische sei dem der USA weit überlegen. Nach den 68er-Unruhen gelangten immer mehr neo-marxistische Bildungsideale der Frankfurter Schule in unsere Bildungsanstalten. Leistung war plötzlich verpönt, Diskurs über jedes Thema erwünscht, Autorität der Eltern, Lehrer, Pfarrer und Ordnungshüter wurden in Frage gestellt, ja, linke Jugendzeitschriften riefen hemmungslos zum Ungehorsam auf. Auch die «Trauben» für den Eintritt in eine höhere Schule wurden immer tiefer

gehängt. Bildungsqualität schwand immer mehr. Jetzt steht man vor einem Scherbenhaufen. Kinder können schlecht lesen und das Gelesene kaum mehr verstehen. Sollte einmal das Schreiben geprüft werden, würde man schreckliche Schriftbilder und zahllose Schreibfehler konstatieren – und dies nicht nur bei Volksschülern, sondern auch bei Lehrern und Akademikern. Nur noch wenige Leute sind heute fähig, ein paar Zahlen im Kopf richtig zusammenzuzählen. Das Hirntraining mit Lesen, Auswendiglernen von Texten, das Trainieren der Feinmotorik durch Schönschreiben, das Kopfrechnen werden immer mehr ersetzt durch andere Inhalte. Volksschüler müssen die Weltreligionen und die Sekten kennen lernen, in gruppendynamischen Spielen ihr Verhalten der Sexualität, den Ausländerkollegen und den Eltern gegenüber einüben und so verändern, die Geschichte des Holocausts studieren, die eigene Geschichte kritisch hinterfragen lernen, Hefte des WWF und der Greenpeace studieren und buddhistische Tänze einüben – ein Bildungs-Bazar statt eines zielgerichteten Unterrichts. Erste Anzeichen erlauben nun allerdings die Hoffnung, dass das Pendel zurückschlagen könnte, hin zu einer Schulung von Kopf, Herz und Hand, wie sie Heinrich Pestalozzi postulierte.

Medien und Kommunikation:

Leider ist feststellbar, dass die Medien immer mehr zum Sprachrohr von Bundesrat und Establishment werden. Die Konzentration in wenigen Verlagshäusern nimmt zu. Ringier wird übermächtig. Als Frank A. Meyer noch im alten Jahr die Chefredaktoren der wichtigsten Zeitungen des Landes zu einem PTV-Gespräch versammelt hatte, erklärten diese unumwunden, dass sie mithelfen wollten, den UNO-Beitritt herbeizuschreiben. Wenn in der Bundesverwaltung über 400 Personen Kommunikation für die Administration betreiben, erinnert das an die «Volksauf-

klärung und Propaganda» des Propagandaministeriums im Dritten Reich. Neu sei zudem, dass Journalisten und Redaktoren für unterstützende Artikel aus Kampagnenkassen honoriert würden. Dass Bundesrat Villiger die Chefredaktoren der Schweizer Tageszeitungen in einem Brief inständig um Unterstützung für eine Vorlage bat, ist aktenkundig. Seit der Bundesrat sich als Hüter der Wahrheit fühlt und selber auf Propaganda-Tour geht, hat er sich eine Unzahl Feinde geschaffen. Das Gefühl der Machtlosigkeit könnte bei Einzelnen durchaus zur Anwendung von Gewalt führen...

Sicherheitspolitik:

Mit der geplanten Armee XXI würde der letzte Schritt zum Grab der Schweizer Bürgerarmee getan. Nachdem praktisch alle wichtigen Festungswerke und Sprengobjekte, liquidiert sind, 12'000 Tonnen hervorragendes Armeematerial verhöckert oder entsorgt wurden, 11'000 Fahrzeuge abgebaut und 50'000 Tonnen Munition verschwunden sind, bleibt eine klägliche Armee zurück, die den Verteidigungsauftrag im Ernstfall nie mehr erfüllen könnte. Sollten die Schweizer auch noch ihre Waffen in den Zeughäusern abgeben müssen, hätte der Igel «Schweiz» seine letzten Stacheln verloren. Vielleicht könnte in späteren Jahren eine Art «Bergier-Kommission» zum Schluss gelangen, jene Bundesräte, Politiker und Generäle, die diese Strukturreform zu verantworten hätten, wären Landesverräter gewesen...

Und wir?

Sicher ist, die Schweizer Demokraten sind die einzige Partei, welche sich seit 1961 dafür einsetzt, dass die Willensnation Schweiz – die einmalige Eidgenossenschaft – erhalten bleiben soll. Im Jahr 2002 mögen sich vermehrt Wählerinnen und Wähler daran erinnern, dass die SD ihre Zielsetzung nie geändert hat, nämlich den Einsatz zum Wohl von Volk und Heimat.

Halloween (Echo auf SD 12/2001)

Zum Leserbrief von Jakob Balmer erlaube ich mir eine kurze Stellungnahme. Ich unterstütze die Auffassung von Chefredaktor Bernhard Hess, dass in unserer Zeitung Transparenz wichtig ist. Gegenteilige Meinungen sind erwünscht. Herr Balmer besitzt ein vorchristliches Weltbild und stösst sich daran, dass der Halloween-Artikel auf dem christlichen Weltbild basiert. Als Mitglied der Schweizer Demokraten nehme ich das Politi-

sche Programm 1999–2003 unserer Partei ernst, wo unter Punkt Kapitel II/6 «Der Verlust der eigenen Kultur» folgendes aufgeführt ist: Wir fordern: Schutz und Förderung der christlich-abendländischen Kultur, welche das Fundament unserer Ethik und Moral ist... Solange dieser Grundsatz gilt, werde ich diesen in meinen Artikeln auch zum Ausdruck bringen.

Hans Steffen, Fischtenthal



Eigenmächtige, verlustreiche Goldverkäufe...








Erinnern Sie sich, ohne das Volk zu fragen und bei miesen Goldmarktpreisen hat der Bundesrat tonnenweise unser Gold verscherbelt. Da die als sicher geltende SWISSAIR-Aktie gegen Null gefallen ist, haben Private, Kranken- und Pensionskassen und viele Gemeinden viel, sehr viel Geld verloren... (so hat alleine die AHV nach zuverlässigen Informationen im 1. Halbjahr 2001 durch Kursstürze von Wertpapieren 3,8 Milliarden Franken verloren). Wäre es also nicht richtig,

das Vermögen des Schweizervolkes in Gold zu belassen? Wer ist verantwortlich für die Milliardenverluste? Wer deckt die Ausfälle, die unsere Menschen schwer erarbeitet haben? (ws)

Frau Dreifuss sagt nur die halbe Wahrheit...

Totaler Frust ist weit verbreitet. Das ist das Werk einer SP-Bundesrätin, die das Wörtchen «sozial» in ihrem Parteinamen trägt! Warum werden uns die wahren Ursachen verschwiegen? Wo bleiben kritische Medien, die Zusammenhänge wirklich aufzeigen? Warum nennt uns diese Frau nicht die wahren Ursachen? Innert Jahresfrist hatten wir nämlich 98'000 Zuwanderer (August 2000–2001), dazu zehntausende von Asylanten und 100'000 bis 300'000 Papierlose (je nach Schätzung). Sie alle belasten unsere KK bis zum Gehnichtenmehr, denn zuviele dieser «Gäste» haben enormen medizinischen Aufholbedarf... Wer das nicht glauben oder wahrhaben will, besuche bitte unsere Spitäler... (ws)

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau Bezirke Baden / Brugg / Zuzach Sektion Kulm Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 - 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung Sektion Wil und Umgebung	Mittwoch, 30. Januar: Referat von alt Nationalrat Hannes Steffen zur UNO-Abstimmung, 19.30 Uhr in einem Saal im Restaurant Dufour. Samstag, 2. Februar: Hauptversammlung um 17.30 Uhr in Rorschacherberg (Einladung folgt) Informationsabend, jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur Stadt Zürich	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss Höck am 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Krone, Schaffhauserstr. 1, Zürich-Unterstrass

Globalisierung – ein totaler Unsinn

Bald haben wir weltweit nur noch drei grosse Firmen für grosse Dieselanlagen (Schiffe, Kraftwerke etc.)! Bald haben wir nur noch drei Firmen für die Ausrüstung von Webereien oder Spinnereifabriken. Bald ist die Produktion von irgendeiner Maschine oder einem ganzen Herstellungsprozess in der Hand von einem Händler oder einzelnen Hersteller... Genau das aber ist die grosse Gefahr! Dieser Betrieb kann sich mit den anderen (wenigen) Produzenten absprechen. Dieser Betrieb diktiert letztlich die Preise und auch die Lieferfristen. Dieser Betrieb diktiert alles; eine echte Konkurrenz, ein echter Leistungswettbewerb kann gar nicht mehr stattfinden! Genau das ist negativ! Genau das ist das Ende eines prosperierenden Marktes! (ws)

Anzeige

Steuererklärungen

(ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52



Kanton Zürich

Stoppt die Entschweizerung Zürichs!

Stur will der Stadtrat dem Volk eine sogenannte «multikulturelle Gesellschaft» aufzwingen. Alle Initiativen, die sich dagegen richten, werden kurzerhand für ungültig erklärt. Bei der SD-Initiative «Die Schweizerinnen zuerst!» hat dies den Stadtbehörden nun einen **Rüffel vom Bezirksrat** eingetragen. Der Initiativtext lautet: «Die Stadtbehörden wachen darüber, dass Zürich eine schweizerisch geprägte Stadt bleibt. Sie räumen im Rahmen des übergeordneten Rechts den Bedürfnissen der SchweizerInnen den Vorrang ein.» Nur so lässt sich angesichts eines Ausländeranteils von fast 30% – bei der Jugend schon über 40% – verhindern, dass die Einwanderer sich in gewissen Stadtteilen konzentrieren und dort über Generationen hinweg **fremdkulturelle Kolonien** bilden, statt sich anzupassen. Eine solche Entwicklung führt zwangs-

läufig zu grossen sozialen Spannungen bis hin zu gewalttätigen Ausschreitungen, weil die verschiedenen Kulturen im Alltagsleben nicht miteinander verträglich sind. Dazu ist es u.a. in England schon gekommen – wir Schweizer Demokraten möchten Zürich solche Erfahrungen ersparen! Dabei hilft das Gerede von Politikern, man müsse eben «tolerant» sein und z.B. aus einer unserer Stadtkirchen eine Moschee machen (!) keinen Schritt weiter. Im Gegenteil, solche **«Toleranz» bleibt eine Einbahnstrasse!**

Nicht assimilationswillige oder -fähige Einwanderer nehmen diese gerne in Anspruch, solange sie als Minderheit darauf angewiesen sind. Ob sie aber dereinst Gegenrecht halten werden, wenn sie in der Mehrheit sind – und davon sind wir in Zürich gar nicht mehr so weit entfernt – erscheint z.B. bei einem Blick auf den Balkan, in den

arabischen Raum oder nach Afrika doch als sehr fraglich. Von Toleranz gegenüber ethnischen Minderheiten, Andersgläubigen usw. ist dort eher wenig zu sehen.

Wo nur wenige Zuwanderer leben, passen sich diese rasch und relativ reibungslos an, weil ihnen gar nichts anderes übrig bleibt. Machen die Immigranten aber einen namhaften Teil der Gesamtbevölkerung aus, so ist ihre Assimilation – wenn überhaupt – nur noch möglich, indem die Behörden die **gesamte Politik auf die Kultur und Mentalität der Einheimischen ausrichten.**

Es darf keine besonderen Einrichtungen für Ausländer geben, welche diesen das Verharren in der Herkunftskultur erleichtern. Zürich braucht z. B. weder einen «Treffpunkt für schwarze Frauen» noch Sonderfriedhöfe für Muslime. Die vorrangige Stellung der einheimischen Kultur und die konsequente Orientierung des öffentlichen Dienstleistungsangebots an den Bedürfnissen der SchweizerInnen machen es für Ausländer erstrebenswert, sich anzupassen. Der Bezirksrat hat richtigerweise erkannt, dass dieses Ziel der Initiative «Die Schweizerinnen zuerst!» mit dem Bundes- und kantonalen Recht oh-

ne weiteres vereinbar ist. Die Gemeinden haben nämlich **keinerlei Pflicht zu einer «multikulturellen» Politik.**

Mit der SD-Initiative lässt sich der Schaden, den die andauernde Masseneinwanderungspolitik des Bundesrates z. B. im Bildungswesen anrichtet, wenigstens ein bisschen vermindern. Überall auf der Welt geniessen die Einheimischen mit ihren Bedürfnissen den Vorrang. Nur in der wohlstandsverwöhnten Schweiz fällt es Regierungspolitikern ein, dies als unzulässige «Diskriminierung» zu bezeichnen. Statt sich endlich der Volksabstimmung zu stellen, wollen sie weiter gegen die Gültigkeit der SD-Initiative prozessieren!

Bei Völkerwanderungen war es schon immer so, dass entweder die Zuwanderer sich anpassen mussten oder das bis anhin im betreffenden Land heimische Volk unterging. Letzteres ist mit Amerikas Indianern geschehen, weil sie sich erst gegen die Kolonisatoren wehrten, als es zu spät war. Muss es mit uns Schweizern auch soweit kommen? Am 3. März 2002 können Sie mit Ihrer Stimme für die Schweizer Demokraten dazu beitragen, die Entschweizerung Zürichs zu stoppen.

SD der Stadt Zürich

Zürcher Gemeinderatswahlen vom 3. März 2002

csz. Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich treten in sämtlichen zwölf Stadtkreisen mit den nachstehenden (durchwegs vollen) Kandidatenlisten zu den Gemeinderatswahlen vom 3. März 2002 an:

Kreis 1 (2 Sitze)

- Bühler Rolf**, 1950, Pressefotograf
- Steffen Walter, 1931, kaufm. Angestellter



Kreis 2 (10 Sitze)

- Tissot Charles**, 1951, kaufm. Angestellter
- König Edgar, 1927, Trainer
- Schmid Tissot Monica, 1963, Verwaltungsangestellte
- Heil Andreas, 1983, Schreiner
- Wettstein Verena, 1953, Buchhändlerin
- Bühler Robert, 1951, Verwaltungsangestellter
- Grob Max, 1944, Postangest.
- Roggwiler Theo, 1940, Büroangestellter
- Langenegger Reinhard, 1927, Buchbinder
- Knecht Simon, 1982, Elektrozeichner



Kreis 3 (16 Sitze)

- Spieß Christoph**, 1959, lic.iur., Oberrichter
- Rüttener Edith, 1967, eidg. Verkaufskordinatrin
- Gmür Daniel, 1983, Bauschreiner
- Kost Rita, 1959, Familienfrau
- Bürgin Rupert, 1946, dipl. Massage-Therapeut
- Furrer Sybille, 1942, Servier-tochter
- Jaberg Stefan, 1964, SBB-Angestellter
- Moser Monika, 1956, Hausfrau und Zeitungsverträgerin
- Arnet Pascal, 1975, Heizungsmonteur
- Stiefel Elisabeth, 1960, Familienfrau
- Steiner Rolf, 1954, Automech.
- Büchi Marcel, 1976, Autoersatzteil-Verkäufer
- Hengartner Paul, 1923, Maurer
- Rey Gaston, 1938, Maler
- Braun Walter, 1945, Überwacher
- Probst Elisabeth, 1932, Hausfrau



Kreis 4 (9 Sitze)

- Wietlisbach Paul, 1944, Kaufmann
- Spieß-Baumgartner Therese,



- 1951, Parteisekretärin / Familienfrau
- Albrecht Daniel, 1976, Maler
- Lehmann Heidi, 1946, kaufm. Angestellte
- Huber Albert, 1936, Stanzer
- Gmür Tobias, 1981, Elektromonteur
- Winkler Marcel, 1956, Drucker
- Schubiger Roger, 1955, Magier
- Wenger Thomas, 1980, Bankangestellter

Kreis 5 (4 Sitze)

- Schafroth Simon**, 1970, Mechaniker
- Hofmann Reto, 1977, Maurer
- Stierli Zita, 1938, Sekretärin
- Rüttener Martin, 1926, Metzger



Kreis 6 (10 Sitze)

- Ehrismann Jakob**, 1954, Autospengler
- Cassin Marco, 1967, Bauingenieur
- Huber Max, 1928, Korrektor
- Hegetschweiler Claudia, 1967, Hausfrau
- Bättig Daniel, 1970, Zugführer SBB
- Lehmann Jeannette, 1938, Sekretärin
- Fischer Karl, 1925, techn. Angestellter
- Blum Regula, 1948, Datatypistin



- Binder Albert, 1943, EDV-Operator
- Vögeli Heinz, 1951, kfm. Angestellter

Kreis 7 (12 Sitze)

- Wenger Anita**, 1949, Geschäftsfrau
- Stähli Karl, 1960, Chauffeur
- Wernli Gérard (Paul), 1940, Bankangestellter
- Rechsteiner Martha, 1931, kfm. Bankfrau
- Widmer Reto, 1948, Kaufmann
- Fischer Maria Marta, 1923, Hausfrau
- Ruh Robert, 1934, Ing. HTL
- Zimmermann Peter, 1934, Drogist
- Bottinelli Toni, 1951, Kirchenmusiker
- Jaccard Yvonne, 1925, Sekretärin
- Rüttener Elsa, 1927, Hausfrau
- Braun Iris, 1949, Hauspflegerin



Kreis 8 (5 Sitze)

- Burri Werner**, 1938, Heizungsmonteur
- Kälin Martin, 1951, Rammmeister
- Nuotclà Barbara, 1972, Postangestellte
- Brauchli Ernst, 1921, kfm. Angestellter



Fortsetzung Seite 10

Zürcher Gemeinderatswahlen

Fortsetzung von Seite 9

5. Brunner Patrick, 1980, Elektromonteur

Kreis 9 (16 Sitze)

1. **Imbach Markus**, 1961, kfm. Angestellter
2. Brassler Ueli, 1952, Berufsschullehrer
3. Masino Isabelle, 1966, Sicherheitsdienst-Angestellte
4. Blum Henri, 1931, Restaurator
5. Ernst Sonja, 1977, kfm. Angestellte
6. Stephani Senta, 1947, Pflegerin
7. Bättig Tanja, 1974, Kaminfegerin
8. Burkhard Markus, 1953, Elektromonteur
9. Wietlisbach Rita, 1949, Buchhalterin
10. Notter Heinrich, 1933, Ingenieur HTL
11. Buttlinger Gertrud, 1954, Hausfrau
12. Hartmann Rätö, 1966, Taxihalter
13. Pfiffner Peter, 1946, Wagenführer VBZ
14. Spengler Carl, 1937, Automechaniker
15. Meier Claude, 1971, Elektromechaniker
16. Kunz Theres, 1949, Schriftstellerin



Kreis 10 (12 Sitze)

1. **Nideröst Anita**, 1947, Sekretärin
2. Hegetschweiler Daniel, 1966, Gärtner/Florist
3. Grob Thomas, 1966, Kaufmann
4. Gruber Marco, 1981, Kaufmann
5. Joss Kurt, 1952, Hauswart
6. Nuotclà Ernst, 1968, Postangestellter
7. Arnold Franz, 1958, Chauffeur
8. Valaer Seraina, 1981, kfm. Angestellte
9. Rothweiler Daniel, 1973, Speditionsmitarbeiter
10. Keusch Ursula, 1957, Banknotenkontrolleurin / Call Center-Agentin
11. Schelling Willi, 1938, kaufm. Angestellter
12. Maag Max, 1940, Verwaltungsangestellter



Kreis 11 (19 Sitze)

1. **Blöchliger Patrick**, 1977, kaufm. Angestellter (bisher)
2. Hausherr Meinrad, 1936, Kontrolleur VBZ
3. Heeb Herbert, 1963, Sanitärinstallateur
4. Sonderegger Nadja, 1971, Familienfrau
5. Roth Rafael, 1965, Feuerwehrmann



6. Burgener Silvia, 1960, Schneiderin
7. Speck Hans, 1948, Taxifahrer
8. Meier Nicole, 1978, Studentin
9. Stehli Bruno, 1967, Informatiker
10. Bäbler Hanschke Béatrice, 1953, Kosmetikerin
11. Hensch Christian, 1946, Webpublisher
12. Lauber Markus, 1945, Sanitärmonteur
13. Lienert Markus, 1966, Maschinenmechaniker
14. Berchtold Rainer, 1960, Restaurationsleiter
15. Rohrer Patrick, 1981, Student
16. Guntli Berta, 1925, Hausfrau
17. Bernet Rolf, 1956, kfm. Angestellter
18. Gerber Markus, 1930, Kaufmann
19. Hürlimann Gertrud, 1924, dipl. Psychologin

Kreis 12 (10 Sitze)

1. **Wenger Christian**, 1974, Postangestellter
2. Tissot Andreas, 1981, Elektrozeichner
3. Beglinger Eva, 1957, Fitness-Instruktorin
4. Ernst Manfred, 1958, Maler
5. Keller Urs, 1955, SBB-Angestellter
6. Tissot Verena, 1946, Buchhaltungsangestellte
7. Suter Paul, 1924, Werkmeister
8. Furrer Madeleine, 1930, Sekretärin
9. Hirschbeck Helmut, 1928, Unternehmer
10. Broger Paula, 1925, Verkäuferin



Der Wahlkampf wird unter dem Motto «Stoppt die Entschweizerung Zürichs!» geführt. Zürich wird von Einwanderern aus immer exotischeren Ländern überflutet. Sie wollen sich nicht anpassen, sondern ihre mit unseren Sitten und Gebräuchen unverträglichen Kulturen bei uns einpflanzen. Viele leben illegal hier oder erschleichen mit Scheinehen eine Aufenthaltsbewilligung. Die Behörden unternehmen kaum noch etwas gegen solche Missbräuche, obwohl die Masseneinwanderung die Wohnungsnot in Zürich immer noch mehr verschlimmert. An vielen Zürcher Schulen sind unsere Schweizer Kinder in der Minderheit. Gegenüber ihren Altersgenossen aus dem weniger überfremdeten «Speckgürtel» Zürichs (Goldküste usw.) sind sie, wenn es z.B. um den Übertritt in eine weiterführende Schule geht, von vornherein im Nachteil. In Jugendtreffs werden die jungen Schweizer(innen) oft ausgegrenzt, beschimpft oder gar gewalttätig angegangen. Darum verlangen wir Schweizer Demokraten die Einrichtung von eigenen Treffpunkten für die Schweizer Jugend. Seit die Kehrlichtabfuhr nur noch einmal wöchentlich kommt, häuft sich der Abfall auf den Strassen. In

verlotterten Liegenschaften nisten sich Drogenhändler, illegale Aufenthaltler und andere lichtscheue Gestalten ein. Vielen Hausbesitzern ist legal, was in ihren Häusern geschieht – wenn es nur rentiert. Da wollen wir Schweizer Demokraten endlich Abhilfe schaffen: In heruntergekommenen Häusern und Strassenzügen müssen regelmässig Polizeikontrollen stattfinden. Wer in seiner Liegenschaft Drogenhändler oder Illegale toleriert, soll zur Verantwortung gezogen werden!

Es gibt keine «Multikultur». Ein Volk und eine Kultur können nicht überleben, wenn sie im eigenen Land die Zügel aus der Hand geben. Deshalb darf nicht länger toleriert werden, dass Einwanderer aus fernen Ländern fremdkulturelle Kolonien bilden, statt sich anzupassen. Solche «Toleranz» ist eine Einbahnstrasse und führt direkt in den Völkerebstmord.

Spekulanten entreissen der öffentlichen Hand alles, womit sich Geld machen lässt, z.B. Elektrizitätswerke. Weil nachher nur noch gemacht wird, was rentiert, sinkt die Qualität der Dienstleistungen. Dafür steigen die Preise, und das Volk hat nichts mehr zu sagen. Deshalb sagen wir Schweizer Demokraten NEIN zu Privatisierungen.

Wirtschaftshörige Politiker locken die Wähler mit Steuersenkungen.

Die Kehrseite der Medaille verschweigen sie. Von vielen Bürgern dringend benötigte Dienstleistungen werden abgebaut. Sogar bei der Polizei wird gespart, auf Kosten der öffentlichen Sicherheit. Von den Steuerentlastungen profitieren praktisch nur die «oberen Zehntausend». Für alle anderen BürgerInnen überwiegen die Nachteile bei weitem. Wir Schweizer Demokraten treten für einen leistungsfähigen Staat ein. Sparen ist nötig. Aber die soziale Sicherheit, gute öffentliche Schulen und Spitäler und der Schutz vor Kriminalität müssen gewährleistet werden.

Wie schon bei früheren Wahlen geht die SVP mit patriotischen Sprüchen auf Stimmenfang. Gleichzeitig beklagt sich ihr Stadtpräsidenten-Kandidat Siegenthaler im Gemeinderat darüber, dass das Gewerbe zuwenig ausländische Arbeitskräfte anstellen dürfe (vgl. NZZ vom 22.11.01)! Leider fallen noch immer viele BürgerInnen auf solche Politiker herein. Ihnen müssen wir eines klar machen: Die Schweizer Demokraten sind die einzige Partei, die konsequent gegen die Masseneinwanderung kämpft.

Werben Sie deshalb schon jetzt in Ihrem Umfeld dafür, dass möglichst viele Zürcherinnen und Zürcher die Liste 6 (Schweizer Demokraten) einlegen!

Bezirk Uster



Der SD-Kandidat für den Stadtrat von Uster Werner Kessler

Die Bezirkssektion Uster der Schweizer Demokraten geht gut gerüstet in die kommenden Gemeindewahlen. Der Bezirksvorstand hat kürzlich eine Wahlplattform verabschiedet, die sowohl für den Kampf um den Einzug in die Stadtparlamente von Uster als auch von Dübendorf gilt. Diese legt den Schwerpunkt wieder einmal auf das nach wie vor ungelöste Problem einer ungezügelter Einwanderung mit den Folgeschwierigkeiten bevölkerungsmässige Überfremdung, Verbauung der letzten Erholungsräume, Über-

völkerung und Umweltbelastung, Einbürgerungspolemiken, Aufenthaltler ohne gültige Personalausweise, Asylmissbrauch, Qualitätsverschlechterung des Unterrichts an den Volksschulen, erschwerte Strafverfolgung usw. Neuerdings wird auf politisch fahrlässige Weise das Problem der bevölkerungsmässigen Überfremdung noch durch die Gefahr einer kulturellen und sprachlichen Überfremdung ergänzt. Unterstützt von grauen Eminenzen ohne demokratische Legitimation, die aus dem Hintergrund an den Fäden ziehen und das Englische forcieren, werden unsere Landessprachen an den Rand gedrängt. Der Kandidat für einen Sitz im Stadtrat von Uster, Werner Kessler, hat sich dieser Wahlplattform voll angeschlossen. Auch sein Wahlkampf läuft auf Hochtouren.

SD Winterthur: Volle Liste

Die Sektion Winterthur wurde wieder vor drei Jahren von Erwin Kupper und Rolf Boder ins Leben zurückgerufen. Mit sehr viel Einsatz und Fleiss konnten die beiden schon im ersten Jahr alleine in



Ursula Fröhlich

Winterthur gegen die Bilateralen Verträge 3000 Unterschriften sammeln. Schnell haben die Mitglieder bemerkt, dass auf dem Platz Winterthur wieder etwas läuft. Vor einem Jahr konnte man dank Verhandlungsgeschick von Rolf Boder an der IPK Sitzung zwei Bezirks-

Fortsetzung Seite 11

schulpflege Sitze für die Partei beanspruchen, obwohl die Sektion Winterthur laut Parteienproporz keinen Anspruch gehabt hätte. Diese wurden von Rolf Boder und Ursula Fröhlich besetzt. Im August letzten Jahres trat Erwin Kupper als Kantonsrat zurück und Urs Boder übernahm seinen Sitz im Kantonsparlament. Dadurch ging ein Sitz in der Bezirksschulpflege verloren. Nun ist es an der Zeit, bei den kommenden Grossratsgemeindewahlen soviel Sitze wie möglich zu gewinnen.



Rolf Boder

Bis anhin hatte die Sektion Winterthur keinen Sitz, da vor vier Jahren auch keine Liste eingereicht wurde. Nun sieht es viel besser aus. Es wurde eine volle Liste (30 Kandidaten kumuliert) eingereicht. Die Spitzenkandidaten sind Ursula Fröhlich, Aktuarin der Partei und Bezirksschulpflege, sowie Marcel Voisin, langjähriges Mitglied der Partei, und an dritter Stelle Rolf Boder, Kantonsrat und Präsident der Sektion Winterthur.

Auch wurde ein Flugblatt (sehr provokativ gegen kriminelle Ausländer) entworfen. Das Ziel der Sektion Winterthur ist es, im Minimum zwei Sitze zu gewinnen.



Riehener Einwohnerratswahlen vom 3./4. Februar

Mehr Sicherheit für Riehen!

Sechs mutige Eidgenossen haben sich bereit erklärt, bei den kommenden Erneuerungswahlen in die «Schwingerhosen» zu steigen. Die Hauptwahlaussage der Schweizer Demokraten lautet: «Mehr Sicherheit für Riehen!» Die neben der Stadt Basel grösste Gemeinde in der Nordwestschweiz mit über 20000 Einwohnern ist bekanntlich nicht nur eine schöne Landgemeinde. Leider erfordern Einbrüche, illegale Grenzüberschreitungen und auch der immer stärker anwachsende

Lastwagen-Transitverkehr rasche und griffige Massnahmen. Die Stimme der Schweizer Demokraten soll künftig im 40 Mitglieder zählenden Riehener Gemeindeparlament zu vernehmen sein. Schweizer Demokraten werden – sollte der eine oder andere gewählt werden – bestimmt kein Anhängsel der bürgerlichen Parteien oder gar der Ratslinken sein, sondern eine eigenständige Politik vertreten und sich u.a. für den Bau von zusätzlichem Schulraum, den Erhalt von Grünflächen, wie auch für ein konsequentes Vorgehen gegen die Kriminalität einsetzen.

Eine Gemeindeautonomie, die diesen Namen verdient

Basel-Stadt, sozusagen ein Stadtstaat, aber nur fast... Riehen und die Kleingemeinde Bettingen (mit nur 1200 Einwohnern!) sind ein Bestandteil des Kantons Basel-Stadt. Künftige SD-Einwohnergemeinderäte (wie auch die derzeitigen SD-Verfassungsräte) setzen sich dafür ein, den beiden Landgemeinden eine verfassungsmässig abgestützte Gemeindeautonomie zuzusichern. Riehen soll anstehende kommunale Aufgaben soweit möglich selbst umsetzen können. Die von einem Basler Komitee lancierte Steuerinitiative, die eine massive Verminderung der aktuellen Steuerrückgang zwischen Riehen und Basel fordert, muss als gefährlich bezeichnet werden. Sie würde bei einer Annahme zu einer Abwanderung von guten Steuerzahlern führen. Bei einem klugen politischen Vorgehen könnte einem Kompromissvorschlag zum Durchbruch verholfen werden, der letztlich der Gemeinde Riehen mehr Kompetenzen im Schulbereich zuordnet; dies ginge aber auf Kosten der Gemeinde!

Der wachsende Strassenverkehr schadet unserer Lebensqualität

Die SD Riehen fordern u.a. eine S-Bahn mit einer Haltestelle beim Rauracherzentrum in Riehen-Süd. Diese S-Bahn sollte – damit sie auch in genügendem Masse benützt wird – über eine Direktverbindung (ohne Umsteigen!) zum Bahnhof Basel SBB verfügen. Genügend Parkmöglichkeiten für Personenwagen müssen an bestimmten Orten vorhanden sein, ansonsten kommt es zu zusätzlichem störendem PW-Verkehr.

Jede Stimme zählt...

Um bei den Einwohnerratswahlen erfolgreich zu sein, ist es wichtig, dass alle SD-Freunde und -Sympathisanten (beiderlei Geschlechts!) zur Wahl gehen und die Liste 9, Schweizer Demokraten, unverändert einlegen. Vom Panaschieren (d.h. Schreiben eines oder mehrerer parteifremden Kandidaten-Namen auf die SD-Liste) ist dringend abzuraten, da dies das eigene SD-Wahlresultat schwächt. Lassen Sie deshalb die 22 leeren Zeilen auf dem SD-Wahlvorschlag unbeschrieben, denn sie zählen als SD-Parteistimmen!

Gemeinderatswahlen: Alles offen!

Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen in den Gemeinderat (Exekutive) ist zu vermuten, dass im ersten Wahlgang die Würfel kaum «entscheidend» fallen werden, ist doch für eine Wahl das absolute Mehr notwendig. Auch überzeugt das Auftreten des SVP-Kandidaten Walter J. Ziegler in keiner Weise. So ist in einem Interview mit der «Riehener Zeitung» folgendes zu lesen: «Es fällt mir nach wie vor nicht nur leicht, die Etikette SVP zu tragen», räumt er ein. Deshalb habe er sich ursprünglich als Parteiloser für eine Gemeinderatskandidatur zur Verfügung stellen wollen» oder weiter: «Wir sollten nach Brüssel gehen und unsere basisdemokratischen Grundsätze vertreten. Ich bin überzeugt, dass sich für einen EU-Beitritt auf dem Verhandlungsweg auch innerhalb der bestehenden EU-Rahmenbedingungen genügend Ausnahmen für unser Land erwirken liessen...» **Die Empfehlung der Schweizer Demokraten an die heimatverbundenen Wählerinnen und Wähler lautet: «Hände weg von SVP-Listen», SD-Kandidaten wählen, wo dies immer möglich ist!**
Schweizer Demokraten Riehen




Offener Brief an Bundesrätin Metzler

Wozu, liebe Frau Bundesrätin,

wollen Sie uns Steuerzahler überhaupt noch – nach demokratischen Regeln – befragen? Ist es nicht überheblich, ja vermessen, Volksentscheide zu tadeln, das Volk zu belehren und sogar mit dem Abbau demokratischer Grundrechte zu drohen, wie im Falle der abgelehnten Einbürgerungen vom 2. Dezember? Sind unsere Basisrechte nicht ohnehin in Gefahr? Dies auf Grund der vorwiegend einseitigen Information? Wie wäre es, wenn Sie einmal jene Menschen nach einer Abstimmung befragten, die nicht nach Ihren Wünschen gestimmt haben? Könnte es sein, dass diese Bürger auch Menschenrechte haben? Könnte es sein, dass Demokratie nicht Umerziehung bedeutet, sondern heisst, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, bei gleichzeitiger Respektierung und Achtung der anderen Meinungen? Besteht heute nicht die unerhört grosse Gefahr, dass der Bürger nur eine ausgesuchte Palette von Meinungen zu hören und zu lesen bekommt? Dabei müsste er – dies wäre im Sinne aller – möglichst Pro und Kontra und zwar mit gleich

langen Spiessen vorgesetzt bekommen. Das hiesse, nicht nur Regierungsparteien, Regierende und Medien müssten reden können, sondern ganz bewusst auch und mit gleichen Möglichkeiten alle Oppositionsparteien. Im Thurgau wären dies ganz sicher die Schweizer Demokraten! Doch genau da ist unsere Demokratie krank! Nicht nur politisch liessen sich so Lösungen finden, die von allen getragen werden, auch wirtschaftlich ergeben sich aus diesen zutiefst demokratischen Grundsätzen gute und positive Eckpfeiler für eine gesunde Wirtschaft! Ist es darum nicht bedenklich, wenn ausgerechnet eine CVP-Bundesrätin «betroffen und enttäuscht» Mitbürger öffentlich zurechtweist und für ihre politische Haltung tadelt, weil sie am 2. Dezember nicht so gestimmt haben, wie Madame dies gerne haben wollte?

SD Thurgau, kant. Parteileitung

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)
Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden
Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen
Hans Steffen, Fischenthal



Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Rudolf Keller und Hans Steffen danken FM für die grosszügige Unterstützung.

Untergangsprognose?

Es war ein schwerer bedeutsamer Entscheid, die Swissair zu retten. Ich als Schweizer Demokrat war aus nationalen und sozialen Gründen für die Rettung. Unser Nationalrat Bernhard Hess hat im Parlament auch dafür gesprochen und gestimmt.

Ich hoffe mit dem Grossteil der Schweizer Bevölkerung, dass Christoph Blocher nicht recht bekommen werde mit seiner Untergangsprognose. Ihm und der SVP wird von linker Seite vorgeworfen, er sei unkonsequent, weil er sich im Gegensatz dazu für den Erhalt von

Landwirtschaft und Armee ausspräche, was auch Milliarden verschlänge. Doch das ist zu kurzichtig und noch weniger konsequent. Denn, wofür bräuchten wir noch eine Luftverkehrsgesellschaft, wenn wir unsere Bauern, den Nährstand und die Armee, die den Schutz des Landes garantieren soll, zu Tode gespart hätten? Wenn wir diese beiden fundamentalen Stützen unseres Landes in Luft aufgelöst haben, brauchen wir auch keinen Luftverkehr mehr.

Ernst Christen, Bolligen

Entschliesst euch für die Schweizer Demokraten!

Mit zunehmendem Frust und Ärger sehe ich zu, wie unser Land vor die Hunde geht. Ich frage mich, wie unsere Politik, die meisten, so labil und weich handeln können. Der Schweizer ist oder wird immer fremder im eigenen Land. Angefangen in der Schule, zieht es sich bis ins tägliche Leben. Unsere Kinder leben in Angst. Gewalt und Drohung sind an der Tagesordnung. Unsere Regierung hat keine besseren Lösungen und Vorschläge als: «Wir müssen bessere Integrationsmöglichkeiten bieten.»

Nun der 11. September. Ist die weltweite Einwanderung der islamischen Bevölkerung nicht eine lange geplante Aktion? Die nisten sich überall ein und beginnen zu fordern? Die einzige Chance, die ich sehe, was zu tun ist, sich nach der einzig wahren und ehrlichen Partei der Schweiz anzuschliessen, den Schweizer Demokraten. An das Schweizer Volk appelliere ich: «Erwacht, bevor es zu spät ist. Euren Kindern zu Liebe und unseren Vätern zu Ehre!

Christian Wollenberger

Schlechte Noten für Schweizer Schüler

Anscheinend brauchte es diesen Test der Schüler, bis Ernst Buschor, der Erziehungsdirektor des Kantons Zürich, einsieht, dass das Bildungsniveau der «Schweizer» Jugend gesunken ist! Diese Tatsache ist Eltern in der heutigen Zeit bestimmt schon lange klar,

denn die Schweizer Schulen sind überfremdet, das heisst es gibt Klassen mit über 80 Prozent Ausländeranteil! Wen wundert dann noch, dass sogenannte «Schweizer Schüler» nicht mehr richtig lesen und schreiben können? Es ist endlich an der Zeit, ausländi-

sche Schüler, die das Niveau der Schulklasse nach unten ziehen, separaten Klassen zuzuteilen. So können unsere Kinder auch in Zukunft einen hohen Standard an Schulbildung erhalten, der auch dem internationalen Vergleich standhält.

Die Regierung muss nun endlich handeln, denn Schweizer Kinder haben ein Recht auf eine gute Schulausbildung. Auch die Gewalt

an den Schulen in gewissen Regionen der Schweiz ist katastrophal, und nicht selten sind Ausländerkinder, die sich nicht integrieren oder anpassen wollen, verantwortlich dafür. Es ist ein Skandal, wenn in der heutigen Zeit Schweizer Kinder Angst haben, in die Schule zu gehen, ausländische Schüler haben sich an unsere Sitten und Bräuche anzupassen, nicht umgekehrt.

Florian Meili, Dürnten ZH

Gold unter Trümmern

Danke an SD-Nationalrat Bernhard Hess für sein Votum: «Keine Solidarität mit der Solidaritätsstiftung».

Apropos Goldmillionen, wurde da beim Aufräumen der WTC-Trümmer nicht tonnenweise Gold gefunden,

welches unter den Türmen lagerte? Was ist das für Gold? Woher stammt das Gold? Wem gehört das Gold? Denjenigen, für die eine Solidaritätsstiftung eröffnet werden soll?

Marcel Peter, Glattbrugg

Von den Amis bezahlt?

In den Zeitungen Artikel, fast täglich, über die Notwendigkeit von Sicherheitsmassnahmen gegen Terrorismus. Eine reine Spiegelfechterei. Der beste Schutz gegen Terror ist unsere immerfortwährende Neutralität. Keine Einmischungen in die Machtkämpfe fremder Länder. Und vor allem keine Schweizer-

Soldaten in solchen Gebieten. Damit entfällt der Anlass, Aktionen gegen die Schweiz zu starten.

Ich frage mich, ob die Befürworter der «Öffnung» der Schweiz und der Einmischung in fremde Händel, von den Amerikanern bezahlt werden.

Woldemar Greber, Acquarossa

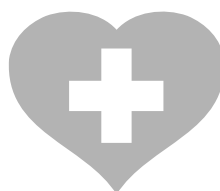
Ein teures Weihnachtsgeschenk

Fast in allen Ausgaben der Tageszeitungen erscheinen während der ganzen Vorweihnachtszeit schon Inserate für den Beitritt der Schweiz in die politische UNO. Wussten Sie, dass diese Propagandalawine zum grössten Teil mit ihren Steuergeldern finanziert ist? Ein wahrhaft teures Weihnachtsgeschenk! Dazu kommt, dass diese bundesrätliche Einmischung in die Meinungsbildung des Gesetzgebers – das sind Stimmvolk und Bundesversammlung – verfassungswidrig ist.

Die Gewaltentrennung ist zwingend vorgeschrieben: Implizit in den Verfassungsbestimmungen über die Zuständigkeiten der Bundesbehörden (Art. 163 bis 173, Art. 180 bis 187, Art. 188 bis 191) und explizit im Art. 144, Abs.1 über die Unvereinbarkeiten resp. Unwählbarkeiten: «Die Mitglieder des Nationalrates, des Ständerates, des Bundesrates sowie... des Bundesgerichts können nicht gleichzeitig einer anderen dieser Behörden angehören.» Art. 34 über die Garantie der politischen Rechte «... schützt die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe». Art. 137: «Die politischen Parteien wirken an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes mit.» Die Parteien und mit gutem Grund eben gerade nicht der Bundesrat sind als meinungsbildende Instanz

in der Verfassung verankert! Der Bundesrat verstösst also mit seiner durch Steuergelder finanzierten Propaganda für den Beitritt zur politischen UNO bewusst gegen die Verfassung und das ordnungspolitische Grundprinzip der Gewaltentrennung. Er handelt damit an Verfassung und Volkswillen vorbei, aber in seiner eigenen Logik nur konsequent, denn nach wie vor steht die sogenannte «Öffnung» (treffender wäre «Werte- und Geldausschüttung») im bundesrätlichen Regierungsprogramm (und im Programm von drei der vier Bundesratsparteien). Mit dem Beitritt zur politischen UNO aber wäre das Neutralitätsprinzip gefallen, denn man kann sowenig «ein bisschen neutral» wie «ein bisschen schwanger» sein: Der EU- und Nato-Beitritt würde in einem nächsten Schritt möglich und damit die Volksrechte marginalisiert, das Volk als oberster Souverän ausgeschaltet und der schleichende Staatsstreich der machtsüchtigen «Classe politique» doch noch gelingen. Der sich immer mehr globalisierende militärisch-industrielle Komplex, die kartellierte Oligarchie einiger weniger Weltkonzerne könnte dann endgültig auch die letzte wahre Demokratie um dreissig Silberlinge übernehmen.

Oskar B. Camenzind, Brunnen

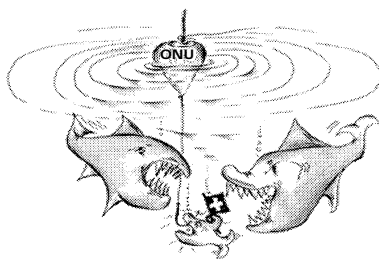


Un vrai scandale

Le Conseil fédéral pratique de la propagande électorale avec l'argent des contribuables

Le Conseil fédéral et l'administration investissent des millions en provenance de l'argent des contribuables pour financer une campagne de propagande massive en faveur d'une adhésion à l'ONU. Ils bénéficient pour cela du soutien des partis politiques et politiciens lassés de la neutralité, de la plupart des médias, des associations économiques, des milieux ecclésiastiques et d'autres milieux partageant leurs idées. Le Conseil fédéral ne cesse d'affirmer qu'il ne mène aucune campagne en faveur de l'adhésion à l'ONU, mais qu'il ne fait qu'entretenir «un dialogue constant avec le public».

La réalité est la suivante: le «crédit d'information ONU» de 1,2 millions de francs octroyé par le Parlement (contre la volonté de l'UDC et des politiciens partageant ses idées) ne représente que la pointe de l'iceberg.



- Le 4 décembre 2001, le Conseil national a donné son aval à une nouvelle tranche de crédit d'un montant de **800 000 francs** pour financer la propagande du Conseil fédéral en faveur de l'adhésion à l'ONU.
- Une grande partie des **113 «chargés de l'information» de l'administration fédérale (!)** s'occupent de la propagande pour l'ONU, sans compter les secrétariats, responsables des sites Internet et

des nombreux titulaires de mandats externes (cf. interpellation Borer du 24. 3. 2000). Selon Jürg Zbinden de l'Union suisse des arts et métiers, quelques **432 personnes à la Confédération s'occupent actuellement à temps plein ou à temps partiel** «de tâches de communication» (et une grande partie d'entre elles œuvrent naturellement en faveur d'une adhésion à l'ONU). Coût: 62,5 millions de francs par an, titulaires de mandats externes non compris!

- Une **armée de centaines de fonctionnaires fédéraux** en fait

autant, notamment au Département fédéral des affaires étrangères (DFAE)

- Le **rouleau compresseur propagandiste** du Palais fédéral comporte de nombreux publications, brochures, revues, magazines, dossiers, Fact sheets, cassettes vidéo et autres supports d'information financés avec l'argent des contribuables.

De telles manigances antidémocratiques au dépens des contribuables sont tout simplement scandaleuses!

Lutte contre l'adhésion à l'ONU politique:

Participez

Chers membres, donateurs et sympathisants

En dépit de toute la propagande étatique, déployée par le Conseil fédéral et l'administration et malgré tous les euphémismes distillés par ceux qui sont fatigués de la neutralité, le scepticisme de la population suisse va croissant: un nombre de plus en plus grand de citoyennes et citoyens suisses s'opposent à une adhésion à l'ONU politique. Différents sondages d'opinion le confirment d'ailleurs.

Le 3 mars 2002, les citoyens suisses seront appelés à se prononcer sur une question lourde de conséquences pour l'avenir de notre pays:

? **Souhaitons-nous sacrifier la neutralité suisse?**

? **Souhaitons-nous moins de sécurité?**

? **Souhaitons-nous perdre de la souveraineté et de la liberté?**

? **La Suisse est-elle censée recevoir désormais ses ordres des superpuissances?**

? **Et souhaitez-vous de surcroît devoir payer pour cela des millions et des millions de francs suisses?**

En vue de la votation sur l'ONU du 3 mars 2002, le «Comité d'action suisse contre l'adhésion à l'ONU politique» a été mis en place. Des comités cantonaux ont également été constitués. La coordination entre les différents comités est assuré par le secrétariat de l'ASIN.

Nous lançons à vous l'appel suivant:

! **Adhères au comité cantonal et engagez-vous personnellement dans la campagne de votation!**

Si nous nous battons tous avec un grand engagement et de tout notre cœur pour le maintien de la sécurité, de la neutralité et de l'indépendance de notre pays et si vous y apportez votre contribution personnelle, nous remporterons la victoire le 3 mars 2002!

Non

à l'adhésion à l'ONU politique!

Adhérer à l'ONU voudrait dire:

1 Moins de sécurité

Nous signons un contrat qui nous contraint de participer aux sanctions politiques et économiques et aux boycottages vis-à-vis d'Etats. Sur la base d'accords spéciaux, nous serions également tenus de prendre des mesures militaires. Nous serions entraînés dans des conflits internationaux. La neutralité suisse, un instrument de sécurité ayant largement fait ses preuves, et notre tradition de paix qui dure depuis 200 ans seraient sacrifiées.

2 Nous aurions de moins en moins voix au chapitre

Dans le palais de verre de l'ONU à New York, ce sont les diplomates, fonctionnaires et politiciens qui peuvent s'exprimer et non pas les citoyens! Nous serions dégradés en simples larbins des superpuissances qui disposent au Conseil de sécurité de l'ONU du droit de VETO. Pour le Conseil fédéral, l'adhésion à l'ONU politique n'est qu'une étape vers une adhésion à l'UE et à l'OTAN.

3 Nous serions condamnés à payer de plus en plus

Nous serions condamnés à payer chaque année 75 millions de francs supplémentaires (Fr. 75'000'000.-) à l'ONU - qui s'ajouteraient aux 470 millions que nous versons aujourd'hui déjà à ses sous-organisations et cela sans compter les frais élevés qu'engendreraient un tourisme confédéric supplémentaire, les voyages de parlementaires ainsi que les paiements spéciaux pour les engagements de «maintien de la paix» et bien d'autres actions encore. De plus, l'ONU a fixé pour l'aide au développement à fournir par ses pays membres une valeur indicative de 0,7 pour cent du produit national brut. Pour la Suisse, cela représenterait des paiements supplémentaires de quelques 1,6 milliards de francs par an.

C'est pourquoi il vous faudra voter le 3 mars 2002: Non à l'adhésion l'ONU!

Les Américains détruisent notre dernier paradis

Le paradis ici, c'est celui des plongeurs, des poètes, des amoureux d'animaux marins, des pêcheurs, et des baigneurs.

Une nouvelle arme américaine menace les cétacés du monde entier, et de conséquence leur environnement qui est aussi le nôtre. L'US Navy (et L'OTAN en Méditerranée) teste secrètement depuis de nombreuses années un nouveau système de sonar de très haute technologie, nommé Surtass (LFA ou Low Frequency Active). Le but de ce sonar est de détecter les sous-marins ennemis les plus silencieux à très longue distance.

Ces essais représentent à coup sûr une future catastrophe environnementale, car le but de la marine américaine est de déployer ce système LFA dans 80% des océans de notre planète. Cette nouvelle défense active remplacerait l'actuel

réseau mondial d'hydrophones mis en place depuis 1980.

Les militaires imbus de leur toute puissance et de leur impurité depuis que les Etats Unis ont été agréés comme maître à penser de la planète pour des attaques répressives, ce système LFA mettra en péril des millions de baleines et de dauphins parce qu'ils seront bombardés de décibels à très haute dose.

Il est calculé que pour les cétacés la distance d'impact du LFA peut aller jusqu'à 100 km. Le bruit des infrasons du LFA est nettement supérieur au taux sonore connu des scientifiques pour déranger la communication des baleines et perturber leur route migratoire. Or dans un élément liquide sans lumière, les cétacés dépendent de leur ouïe (dix fois supérieure à la nôtre) pour survivre. Par conséquent, le LFA rend

sourd et une baleine sourde est une baleine morte. Les animaux nageant à proximité de ces ondes mortelles mourront eux aussi directement, car elles sont si puissantes que même à distance, elles peuvent détruire l'ouïe, provoquer des hémorragies dans les poumons et les oreilles internes, bref dans toutes les cavités du corps. Si aucune instance mondiale (puisque nous nous référons si souvent à la globalisation) n'empêche les Américains d'interrompre leurs essais et de s'engager à ne pas utiliser cette arme dangereuse, nous pousserons les cétacés à l'extinction et l'environnement qui vit grâce à eux verra ses activités biologiques vitales mises en péril.

Nous nous sommes posé beaucoup de questions lors des catastrophes en juin 2000, lorsque des cétacés de quatre différentes espèces se sont

échoués et sont morts sur les plages du nord des Bahamas, sur un périmètre de 200 km à la suite des essais de l'US Navy d'un sonar à moyenne fréquence. Tous les animaux avaient subi une hémorragie de l'oreille interne. Depuis cette date les Ziphius cavirostris, ont tous été tués et ont disparus des Bahamas. La marine américaine a reconnu son implication dans ce tragique «accident» mais elle refuse de remettre en question son programme qui consiste à saboter tous les océans.

M. Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le terrorisme – Pandémie contemporaine

Cette peste islamiste qui gangrène notre planète depuis des décennies se développe à un rythme effréné. Au début cette religion était supportable et même reconfortait beaucoup d'âmes en peine, mais les temps ont changé, les conflits se sont multipliés et les guerres de religion se sont appelées autrement au fur et à mesure de leur violences accrues.

Au lieu de devenir intelligents, tolérants et accueillants, les êtres humains ont été contaminés par la dialectique et les offres dévoyées de Satan. Tout est contaminé de la pornographie infantine aux crimes sauvages, des messages musicaux subliminaux pervers aux peintures grotesques dépravées. Internet est venu à pont nommé pour être le parfait instrument de propagande anonyme et difficilement contrôlable.

Tout ceci pour en venir au fait. L'Australie est en train de brûler

sur 7000 km à cause de feux allumés par des bandits, peut-être terroristes islamistes de Ben Laden, car souvenez-vous du refus catégorique du gouvernement australien d'accepter sur son territoire les musulmans d'Indonésie qui voulaient débarquer à tout prix. Cela était un risque aussi grand que le conflit israélo-palestinien. Quoi de plus facile de mettre le feu au moyen d'une simple allumette à des dizaines d'endroits à la fois? (Comme à Oklahoma Center).

Mais les médias australiens n'ont pas chez eux les caméras hollywoodiennes comme celles qui ont filmé le WTC de Manhattan. Ils ne sont pas équipés pour envoyer en boucle les scènes de panique qui atteignent le bien des habitants et surtout les pauvres marsupiaux, qui ne savent plus où aller. Leurs pompiers n'auront probablement même pas droit à des apitoiments mondiaux et qui va demander trois

minutes de silence pour les blessés et les morts? Car il y en aura, n'en déplaise à la grande presse mondiale qui ne s'occupe aujourd'hui que de ses bourses trafiquées.

De mon point de vue, la catastrophe brûlante australienne est pire que l'effondrement de 2 tours économiquement riches. On ne voit même pas sur nos écrans les gens sans abris, les propriétaires éplorés, les animaux de ferme carbonisés, la faune sauvage agressée et décimée! Il n'y a même pas de photos aériennes, ni d'appels à l'organisation d'un Téléton!

Cela prouve que la pandémie terroriste qu'elle soit islamiste ou anarchiste a trouvé les moyens de s'attaquer impunément au mondialisme véreux et sans cœur qui veut écraser le genre humain récalcitrant au moyen de ses investissements déréglés, de sa pollution extrême, et de ses multinationales.

Mary Meissner

Le Piloni

L'Inde et ses castes

De cela aussi, aucun média ne parle systématiquement, 240 millions d'êtres humains en Inde vivent comme des bêtes, sans voix, sans oreilles et sans droit. Ces person-

nes subissent ce système archaïque monstrueux depuis la nuit des temps, et l'ONU ne s'en est jamais occupée. Pour la Chine, mise systématiquement au banc des accusés concernant les droits de l'homme, des voix onusiennes, Français en tête, s'indignent et Chirac au cours de ses voyages n'oublie jamais d'insérer dans ses discours quelques «recommandations». Pourquoi n'agit-on pas de la même manière avec l'Inde qui est représentée au siège de l'ONU?

Dernièrement un couple a été pendu avec l'accord des parents, parce que les fiancées étaient de castes différentes! Aucune protestation ne s'est élevée dans l'hémicycle, comme d'ailleurs aucune voix cri-

tique ne s'élève concernant les lapidations en pays musulman.

Triste organisation que cet ONU qui ne représente en fait que les riches et les nantis.

Le ghetto de Sangatte

Près d'Amiens et à l'entrée du tunnel sous la Manche, ce centre français de réfugiés est en train de déborder de toutes sortes d'ethnies qui fuient leur pays avec une seule idée en tête, entrer en Angleterre. Pourquoi donc tant de gens veulent-ils aller dans ce pays? Evidemment, l'empire britannique s'étendit pendant des siècles sur une

Suite en page 15

La Suisse verse xxx millions par année à l'ONU
...si elle adhère,
elle en paiera trois fois plus!

VOTEZ NON

Le Pilori

Suite de page 14

grande partie du monde et de ce fait est plus ou moins obligé d'admettre dans la verte Albion, ses anciens sujets colonisés. Voici un simple exemple: L'archipel des îles Chagos situé au sud des Maldives a été vidé progressivement depuis les années 1960 de ses quelques deux mille habitants pour permettre aux Britanniques de louer l'archipel aux Américains. Quelques vulgaires sous-marins Polaris pour un loyer de cinquante ans et le tour était joué. La base militaire Diego Garcia voyait le jour. Pour cet exercice de pacifisme pentagonal, tous les iliens furent déportés vers les Seychelles et l'île Maurice. Cet exil fut pour ces Chagossiens synonyme de misère et de chômage? Trente ans plus tard leur situation écono-

mique n'a pas changé et tout en reconnaissant ses torts l'Angleterre qui devrait laisser ces gens rentrer chez eux, ne leur offre qu'un peu d'argent et la nationalité britannique. Il ne faut pas s'étonner dès lors, que tellement de déracinés avec ou sans papiers provenant de ces régions et d'autres semblables, essaient de venir réclamer leur dû à la «mère patrie.»

Les sans-papiers prennent du poil sur la bête

Oh!, que oui! Ces clandestins bons ou mauvais, avec ou sans justification, font tache d'huile en Europe puisqu'ils n'ont rien d'autre à faire que d'aller manifester sur les grandes places de Paris, Berlin: Londres et Genève. Pourquoi ne vont-ils pas à Moscou sur la place Rouge ou à Pékin sur la place Tien an Men? Pourquoi n'exigent-ils pas les mêmes conditions de naturalisation à Prague, Varsovie ou Budapest? Sommes-nous, nous, Occidentaux des ruches à miel plus riches et plus vulnérables? Bien sûr que oui, car ils réclament maintenant en plus d'un passeport gratuit, un salaire garanti d'au moins fr. 3000 par mois. Décidément, on aura tout vu. Bravo Ruth! Continuez à dire NON.

ONU: le Conseil fédéral veut à tout prix nous aligner!

L'originalité fait-elle peur?

VOTEZ

NON

Les PACSEURS GOURMANDS

Que les lesbiennes et autres homosexuels se targuent d'être la crème de la société en exhibant leurs éphèbes qui regardent d'un air dégouté les accouchements et les bébés qui sortent couverts de sang du ventre de ces femelles hétéros, c'est un fait avéré et aujourd'hui accepté par une partie de la population au milieu de laquelle ils vivent.

Alors, pour leur faire plaisir, on a concédé le mariage pacsé qui comprend presque tous les avantages successoraux ou politiques qui en découlent, et cette tranche de la population peut même désigner en son sein des ministres délégués au gouvernement et des officiers à l'armée.

Ce qui devient paradoxal dans cette affaire, c'est que ces gens qui composent le troisième sexe, justement parce qu'ils refusent la famille et naturellement les enfants qui s'y rattachent, exigent de pouvoir adopter maintenant des rejetons étrangers à leur propre sang, et les lesbiennes qui sont si fières de ne pas être engrossées par un mâle, demandent l'insémination artificielle. Ont-ils(elles) peur de voir la race s'éteindre? Ou bien veulent-ils profiter du beurre et de l'argent du beurre?

Ruth Metzler a donc parfaitement raison d'interdire la pratique de ces deux dernières exigences par trop incongrues et déséquilibrées.

Octopus

Lettre ouverte au Conseiller fédéral Pascal Couchepin

Concerne abattage rituel

Monsieur le Conseiller

Après lecture dans la presse quotidienne qui ose enfin aborder ouvertement le problème de l'abattage rituel, vous êtes cité comme voulant introduire «l'hallal» en Suisse en supprimant l'article de loi protecteur. Cela m'étonne d'autant plus que vous êtes issu d'un canton très catholique et que

notre religion n'exige pas, que je sache, des offrandes barbares et sanglantes inventées de toute pièce par des hommes primitifs imbus d'eux mêmes, avides de pouvoir et de plus prédisposés à imposer aux foules leurs visions d'illuminés.

Pour avoir laissé entrer en Suisse tant de musulmans, alors que nous avons déjà passablement de juifs sur notre territoire, vous avez ou-



Examen de la réglementation des caisses d'épargne d'entreprise

Le Conseil fédéral soutient l'idée de revoir la réglementation des caisses d'épargne d'entreprise. Il propose donc d'accepter le postulat déposé par le conseiller national Bernhard Hess (DS/BE).

L'affaire Swissair l'a démontré: l'argent déposé par des employés dans la caisse d'épargne de leur entreprise est mal protégé. En raison d'une exception prévue par l'ordonnance sur les banques (art. 3a, al. 4, let. e), les caisses d'épargne d'entreprise ne sont soumises ni à la loi sur les banques ni à la surveillance de la Commission fédérale

des banques. Par conséquent, les prescriptions découlant de la loi sur les banques et concernant par exemple la constitution de réserves, les fonds propres et la gestion des gros risques ne s'appliquent pas à ces caisses. En outre, celles-ci, au contraire des banques, n'assurent pas les avoirs jusqu'à concurrence de 30 000 francs. C'est pourquoi le Conseil fédéral est disposé à examiner les possibilités de minimiser les risques encourus par les caisses d'épargne d'entreprise.

*DFF Communiqué de presse
7 décembre 2001*

vert la voie à des revendications massives qui atteignent profondément le monde de vie des Suisses et dans le cas présent, leur brisent le cœur. Croyez-vous pouvoir, pour des raisons économiques et financières déficitaires consécutives à l'importation de viandes non conformes au desiderata de nos hôtes étrangers, pouvoir imposer à vos concitoyens, l'horreur de l'abattage rituel? Pourquoi devez-vous respecter les rites religieux musulmans en bafouant nos habitudes chrétiennes? Les religions ont toujours été sources des pires luttes imbéciles et de guerres ruineuses. Il me semble pourtant que nous sommes au seuil du troisième millénaire promettant d'être plus intelligent, plus serein et mieux adapté à notre environnement! Or, il y a des fous qui se réfèrent, aux Droits de l'Homme pour massacrer les animaux, polluer les océans et détruire les forêts. Ces droit incitent tous les profiteurs, les fanatiques et les malfrats, ainsi que tous les chefs d'Etat sans envergure et leurs seides, à imposer leurs prétentions sous prétexte d'une liberté totale, d'une globalisation généralisée et d'un grand profitage universel intitulé Droits de l'Homme. Où se trouve la charte des DEVOIRS de l'Homme.

Aujourd'hui, ce qui prévaut c'est le manque de respect mutuel, la consolation généreuse ou la discrétion vis-à-vis de toutes les croyances, excluant naturellement les exaction, la violence, la totalitarisme et la raison du plus fort!

Refusons la coûteuse inutilité de l'ONU!

VOTEZ NON

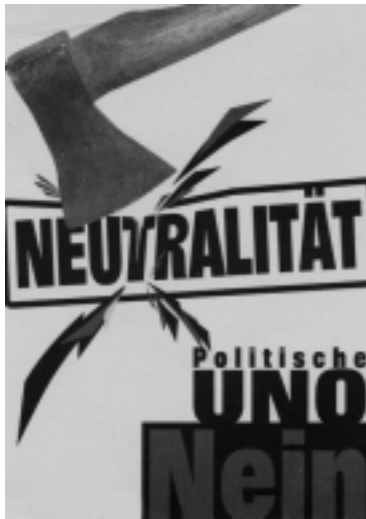
Qui fait couler si cruellement le sang des animaux par l'abattage rituel, fera aussi couler le sang des êtres humains sans aucun regret. Nous ne pouvons accepter en Suisse, de revenir à la barbarie. Monsieur le Conseiller, souvenez-vous de l'attentat de Zoug et de l'écroulement des tours de Manhattan. Ne provoquez pas la serpent qui dort dans la paix constitutionnelle. C'est dangereux de pousser le bouchon trop loin. Je vous présente, Monsieur le Conseiller fédéral, mes respects.

Mary Meissner, Vernier



Neutralität verlieren und Millionen zahlen?

NEIN zur UNO!



Der Beitritt der Schweiz zur politischen UNO bedeutet:

- die **Preisgabe** der schweizerischen **Neutralität**;
- den **Verlust** unserer 200-jährigen **Friedenstradition**;
- politische und wirtschaftliche **Sanktionen** und **Boykotte** gegenüber Drittstaaten;

- die **Einbindung** in internationale **Konflikte** und militärische **Straf-massnahmen**;

Noch mehr Einwanderung?

Ende Januar 2000 forderte die UNO-Hochkommissarin Mary Robinson, unterstützt von UNO-Generalsekretär Kofi Annan, dass sich Europa bewusst sein solle, dass es mehr Einwanderung brauche. Ein multikulturelles Europa sei unausweichlich!

- die **Degradierung** unter den UNO-Sicherheitsrat;
- die **Unterwerfung** unter das **VETO-Grossmächte-Diktat**;
- **Konferenztourismus**, Diplomaten-, Funktionärs- und **Parlamentarierreisen** auf Kosten des Steuerzahlers;
- **Sonderzahlungen** für «friedenserhaltende» Einsätze, UNO-Kampagnen und -Tribunale und -zusätzliche **Zahlungen** von jährlich Fr. 75'000'000.- an die UNO.

Zudem hat die UNO einen Richtwert von 0,7 Prozent des Brutto-sozialproduktes ihrer Mitglieds-länder für die Entwicklungshilfe

festgelegt. Für die Schweiz hätte dies **zusätzliche Zahlungen von rund 1,6 Milliarden Franken Steu-ergelder zur Folge.**

3. März 2002:
Nein zum Beitritt zur politischen UNO

UNO-Financen: Ein Fass ohne Boden

Seit Jahren präsentiert die UNO - ausschliesslich für die Administration ein Budget von unverändert 1,090 Milliarden Dollar. Nicht inbegriffen darin sind sämtliche UNO-Aktivitäten wie «Friedensaktionen», Sondertribunale, Kampagnen usw.

Das ist die Realität:

	1998	1999	2000
	(in Mio. Dollar)		
Administration	1090	1090	1089
Sondergerichte	120	160	166
Friedensmissionen	850	814	2154
Total	2060	2064	3409

Die Kosten für Friedensmissionen, UNO-Tribunale und Kampagnen in aller Welt werden markant steigen. Für all diese Aktivitäten haben die UNO-Mitglieder immer höhere Sonderbeiträge zu leisten.

Um die administrativen Kosten «konstant» zu halten, bedient sich die UNO des folgenden Tricks: Das Personal, dessen Tätigkeit auf die UNO-Aktionen ausgerichtet ist, wird zunehmend aus den Sonderbudgets entlohnt.

Fazit: Die Schweiz müsste als UNO-Vollmitglied mit massiv steigenden Zusatzkosten rechnen.

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Basel-Land: Ja zur Volksinitiative «für eine vernünftige Einbürgerung»

Die SD-Initiative will, dass vermehrt darauf geschaut werden muss, dass die einzubürgernden Ausländer unsere Sprache einermassen verstehen und sprechen können. Immer wieder stellt man fest, dass Leute eingebürgert werden, die unserer Sprache auch nach mehr als zehnjährigem Aufenthalt in unserem Lande kaum mächtig sind. Und das fördert die Eingliederung in unsere Gesellschaft nicht. **Leider passiert es immer wieder, dass Ausländer, die nach eingehender Prüfung in einer Gemeinde als Einbürgerungskandidaten abgelehnt werden, in einer andern Gemeinde eingebürgert werden, obwohl sie dort nicht wohnhaft und verwurzelt sind.**

Das nachfolgende Missbrauchsbeispiel zeigt auf, wie sich das heutzutage oft abspielt: Da behauptete kürzlich ein Einbürgerungs-Gesuchsteller, er arbeite zu 100%. Dass er von Sozialhilfe lebte, «vergass» er geflissentlich. Die Gemeinde lehnte auch folgerichtig das Einbürgerungsgesuch ab. Wenig später tauchte dann aber derselbe Einbürgerungskandidat auf der Einbürgerungsliste einer der bekannten «Missbrauchsgemeinden» auf. Dort wurde er - obwohl er also nicht in diesem Dorfe lebt - eingebürgert. Dies wohl unter dem

Motto: Die Einbürgerungsgebühren nehmen wir gerne, der Wohngemeinde überlassen wir ebenso gerne die Sozialhilfe, welche die dortigen Steuerzahler zu berappen» haben. Solche und ähnliche Fälle sind leider keine Seltenheit. Dieser fragwürdige Missbrauchsparagraph ist zu streichen und der Einbürgerungstourismus in einige Baselbieter Gemeinden zu stoppen. Der zunehmenden Islamisierung und Verrohung unserer Gesellschaft kann man nur entge-

gentreten, wenn sich auch Einbürgerungswillige unseren Lebensgewohnheiten, Sitten, Gebräuchen und vor allem unserer Sprache stark annähern!

Missbräuche stoppen

Weil die Behörden dazu nicht bereit sind, wird nun das Baselbieter Volk am 3. März 2002 darüber abstimmen können. Das Initiativkomitee bittet deshalb um ihre JA-Stimme.

Bestellatalon «Nein zum UNO-Beitritt»

Im Hinblick auf die bevorstehende folgenschwere Abstimmung über den UNO-Vollbeitritt bieten die Schweizer Demokraten ab Mitte Januar 2002 folgende Unterlagen an, welche Sie bestellen können:

- ___ Ex. SD-Flugblätter gegen den UNO-Beitritt _____ gefalzt _____ ungefalzt
- ___ Ex. Zeitungen Schweizer Demokrat 1/02 (nur kleinere Mengen)
- ___ Ex. Aufkleber*
- ___ Ex. Kleinplakate*
- ___ Ex. Weltformatplakate* (*des Eidg. Komitees gegen den UNO-Beitritt)

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Nummer: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Bitte zurücksenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch